



Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

68. Jahr

Heft 6

Juni 2015

SCHWERPUNKT:

Projektunterricht



**WIR LASSEN UNS NICHT ABHÄNGEN:
GEW MOBILISIERT
FÜR BEAMTENSTREIK AM 16. JUNI**



**In dieser HLZ:
Alles über die Vorbereitungen für den Streik am 16. Juni**

Die GEW mobilisiert für einen eintägigen Streik der Lehrerinnen und Lehrer im Beamtenverhältnis am Dienstag, dem 16. Juni. In dieser HLZ finden Sie

- zehn gute Gründe, sich an dem Streik am 16. Juni zu beteiligen (S. 6),
- die Begründung einzelner Kolleginnen und Kollegen, warum sie sich am Streik beteiligen werden oder wa-

rum sie unseren Streik unterstützen (S. 8)

- die Begründung, warum die Gewerkschaften am 16. Juni für einen „handlungsfähigen Staat“ und gegen die Politik der „Schuldenbremse“ demonstrieren, sowie
- wichtige Informationen der Landesrechtsstelle zum Beamtenstreik und zur Zahlung von Streikgeld (S. 12 und 13).

**Bereitschaftserklärung für Streikteilnahme
jetzt unterschreiben!**

Die GEW Hessen wird nur dann zu dem eintägigen Warnstreik aufrufen, wenn sich mindestens 3.000 Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer Unterschrift bereit erklären, an dem Streik teilzunehmen. Wenn Sie die Bereitschaftserklärung noch nicht unterschrieben haben,

können Sie das jetzt noch tun. Den Vordruck finden Sie auf Seite 5.

- Informationen zum Streikgeld, zu aktuellen Gerichtsurteilen zum Beamtenstreik und zu den möglichen dienstrechtlichen Folgen einer Streikteilnahme finden Sie auf den Seiten 12 und 13.

Dieser Ausgabe der HLZ ist der GEW-Wandkalender für das Schuljahr 2015/2016 beigelegt. Wir bitten um Beachtung!

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 17 Aus der Personalratsarbeit
- 33 Briefe
- 36 Bücher: Trude Simonsohn
- 37 Jubilarinnen und Jubilare
- 38 Magazin

Schwerpunktthema: Projektunterricht

- 22 Projektunterricht „Wasser“
- 24 Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten
- 26 MuseumsGuide am Landesmuseum Darmstadt
- 28 Geschichte des Projektunterrichts

S. 5-13: Mobilisierung für Beamtenstreik

S. 20-21: lea-Fortbildungsprogramm

Einzelbeiträge

- 14 Tarifverhandlungen Goethe-Uni
- 15 Sozial- und Erziehungsdienst: Streiks für neue Entgeltordnung
- 16 Der Bildungsgipfel kreißt...
- 18 Lehrerbildung: Der Berufseinstieg
- 30 Lehrkräfte in Integrationskursen
- 31 TTIP stoppen!
- 32 Kontrovers: „Führen und Folgen“
- 34 Reisen: Auf dem Alemannenweg durch den vorderen Odenwald



Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (069) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert +

Schwerpunktthema: Franziska Conrad

Illustrationen:

Dieter Tonn (S. 19), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

GEW (Titel S.3 ff.), privat (S. 8-11), Kay Herschelmann (S. 9/Tepe), Bert Butzke (S. 29), GEW Rheinland-Pfalz (S. 13)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Abwertungspläne stoppen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Aufruf wenden wir uns an alle hessischen Lehrerinnen und Lehrer im Beamtenverhältnis, denn die schwarz-grüne Landesregierung hat wieder einmal die Beamtinnen und Beamten ausgedeutet, um ihnen ein weiteres Sonderopfer für ihre Politik der „Schwarzen Null(en)“ aufzuzwingen. 2003 verordnete die Regierung von Roland Koch (CDU) und Innenminister Volker Bouffier den Beamtinnen und Beamten drei Nullrunden, die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld und eine Arbeitszeitverlängerung von 38,5 auf 42 Wochenstunden. Am Ende der „Operation düstere Zukunft 1“ lag die Besoldung der Beamtinnen und Beamten dauerhaft um rund sieben Prozent unter der allgemeinen Tarifentwicklung in Hessen. Jetzt will die schwarz-grüne Landesregierung erneut eine achtzehnmonatige Nullrunde durchsetzen.

Wenn diese Nullrunde ohne breiten Widerstand durchgesetzt werden kann, stehen weiter faktische Kürzungen ins Haus. Ab Mitte 2016 sollen die Beamtenegehälter unabhängig von der Entwicklung der Tariflöhne nur noch um 1,0 Prozent pro Jahr steigen. Auch die Kürzungen bei der Beihilfe sind nichts anderes als eine Einkommenskürzung. Ziel dieser Politik ist es, den Abstand zwischen der durchschnittlichen Tarifentwicklung im Land und den Einkommen der Beamtinnen und Beamten (und das sind in Hessen vor allem die Lehrerinnen und Lehrer) zu vergrößern. Insgesamt würde sich der Abstand auf über 10 Prozent erhöhen. Faktisch soll die Arbeit der hessischen Lehrerinnen und Lehrer im gesellschaftlichen Vergleich dauerhaft und massiv abgewertet werden.

Durchsetzen wollen das dieselben Politikerinnen und Politiker, die in Sonntagsreden von der hohen Bedeutung der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern reden. Auch beim Bildungsgipfel wird die hohe Qualität der Arbeit in den Schulen beschworen. Auf unsere Fragen und Einwände, wie dies mit der geplanten Abwertung des Berufs vereinbar sein soll, ernten wir allerdings lediglich beredtes Schweigen.

Besonders heuchlerisch ist es, wenn diese Politik als Ausdruck der „Generationengerechtigkeit“ bezeichnet wird. Wie kann es generationengerecht sein, unsere Arbeit mit jungen Menschen systematisch abzuqualifizieren? So wie die Kolleginnen und

Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst zu recht für eine Aufwertung ihrer Profession streiken, müssen wir wenigstens mit derselben Entschiedenheit gegen die Pläne der schwarz-grünen Landesregierung zur Abwertung des Berufs der Lehrerin und des Lehrers aktiv werden.

Wenn wir unsere Interessen und damit die Interessen unserer Profession und die der Schülerinnen und Schüler nicht selbst in die Hand nehmen, werden wir weiterhin der Willkür dieser Regierung ausgeliefert sein. Deshalb mobilisiert die GEW Hessen für einen eintägigen Streik aller Lehrkräfte im Beamtenverhältnis. Dieser Streik ist mehr als legitim und nach den Grundsatzurteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch legal. Selbst das Bundesverwaltungsgericht hat inzwischen die Unvereinbarkeit eines allgemeinen Streikverbots für Beamtinnen und Beamte mit der Europäischen Menschenrechtskonvention festgestellt. Die Gesetzgeber wurden aufgefordert, die Vereinbarkeit des Beamtenrechts mit dem europäischen Recht herzustellen, doch sie ziehen es vor, dieses Problem auszusitzen. Deshalb müssen wir uns unser Streikrecht erneut nehmen. Und wir tun dies nicht zum ersten Mal.

Bitte unterschreibt – soweit noch nicht geschehen – die Bereitschaftserklärungen zur Teilnahme am Streik und schickt sie spätestens am 8. Juni an die GEW (HLZ S. 5). Wenn mehr als 3.000 Kolleginnen und Kollegen ihre Bereitschaft erklären, werden wir für den 16. Juni zum Streik und gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften zu einer Kundgebung in Wiesbaden aufrufen. Lasst uns gemeinsam die Abwertungspläne der schwarz-grünen Landesregierung durchkreuzen! Wir freuen uns schon darauf, euch am 16. Juni in Wiesbaden zu sehen.

Birgit Koch, GEW-Landesvorsitzende
Jochen Nagel, GEW-Landesvorsitzender



Hurra, Projektzeit!

„Ach, Herr Borgmann, gut, dass ich Sie erwische. Ich habe Ihre Projektplanung noch gar nicht bekommen!“ Die neue Mittelstufenleiterin schaut dich aufmunternd an.

Du lässt dich nicht gern von jungen Emporkömmlingen zur Rede stellen und entgegnest kühl: „Ich schließe mich wie immer dem Projektvorhaben von Frau Kannewald und Frau Silber an. Die wollen diesmal vegan kochen.“

„Ja, leider können Sie sich in diesem Schuljahr den beiden nicht als dritte Kraft zuordnen. Die Schülerzahl ist gewachsen, wir brauchen mehr Angebote und Kollegen, die eigenständig Projekte durchführen.“

Du bist empört: „Wie stellen Sie sich das vor? Ich habe Oberstufenunterricht, außerdem arbeite ich nicht ganztags. Ich kann das gar nicht leisten, allein ein anspruchsvolles Projekt zu organisieren.“ „Dann bieten Sie einfach ein Halbtagsprojekt an. Davon haben wir mehrere. Als erfahrener Kollege haben Sie sicher jede Menge Ideen!“

Bei der Frau weißt du nie genau, wann sie ironisch ist. Sie eilt davon, bevor du ihr verkünden kannst, dass Projektwochen kurz vor den Sommerferien ohnehin nichts bringen.

„Und denken Sie bitte daran, dass wir produktorientiert arbeiten wollen!“, ruft dir die Mittelstufenleiterin vom Ende des Ganges noch zu.

Missmutig steigst du aufs Fahrrad. Du hattest dir den Nachmittag anders vorgestellt. Daheim blätterst du in al-

ten Unterlagen und stellst fest, dass viele Kollegen und Kolleginnen in den Projektwochen einfach ihre Hobbys ausleben: Tennis, Fußball, Trampolin. Nähen, Klöppeln, Seidenmalen. Schach, Skat, Doppelkopf. Discofox, Rock'n'Roll, Bauchtanz. Aikido, Capoeira, Chi Gong. Deine Hobbys kannst du leider nicht anbieten: Bier- und Zigarrenkunde.

Du könntest es wie Kollege Brandner machen. Der sucht gern solche Themen aus, für die sich kaum Interessenten finden (Friedensnobelpreisträger der letzten 40 Jahre, Straßennamen gestern und heute, neue EU-Mitgliedsstaaten). Kollege Brandner darf dann in der Bibliothek Bücher stempeln oder Staub wischen. Kollegin Wieseck lässt sich in der Projektzeit gern Ballen und Hammerzehen richten oder auch mal einen Schnappa daumen reparieren: „Dann fällt wenigstens kein Unterricht aus!“

Du recherchierst im Internet und findest einen kostenpflichtigen Artikel: „Projektunterricht – wirklich sinnvoll?“ Leider stützt er deine destruktive Haltung nicht, sondern fordert, dass fächerübergreifende Projekte viel mehr in den Schulalltag integriert werden. Du beämmelst dich darüber, dass Jugendliche vor der Projektwahl ihr „Selbstkonzept“ überprüfen und Lehrer zum „Lernberater“ und „Master of Human Resources“ mutieren sollen. Du konstatiertest schadenfroh, dass verzweifelte Schüler auf „www.gutefrage.net“ nach irgendwelchen Projektideen su-

chen. Im Idealfall wählen die lieben Kleinen nämlich selber ein Problem, das sie wirklich interessiert. Ein ernst gemeinter Vorschlag für die ratlose Klientel: „Stellt ein Theaterstück mit Lego-Figuren nach und macht daraus einen Film!“

Eigentlich gibt es im Internet zu jedem Thema Projekte: „Rund um die Kartoffel“, einschließlich Sackhüpfen, Kartoffelliedgut und Kartoffeldruck. An anderen Schulen spüren die Zöglinge Piraten, Vampiren, Räubern, Akrobaten und Jongleuren nach, tanzen auf dem Seil, springen mit dem Fallschirm und brauen doch tatsächlich Bier! Legen Tarotkarten, gehen mit der Wünschelrute, lernen Überleben in der Wildnis, bauen ein Floß oder einen Karnevalswagen. Sie schaffen ihr „Fußgängerdiplom“ oder erstellen ein Metaphernlexikon der Sportsprache. Sie lernen Body-Painting, Pirschgang und Sächsisch für Anfänger. Sie beschäftigen sich mit Umgangsformen, der Steuererklärung oder testen Freibäder und Kantinen. Oder widmen sich dem Thema: „Toilette – Ort der Bedrohung, der Angst und des Schmutzes“

Du erinnerst dich vage an deine Atemtherapie und den Kurs „Autogenes Training“, als du im Referendariat auf einmal mit lebendigen Schülern konfrontiert warst. Vielleicht hast du noch Materialien von damals. Da klingelt das Telefon. Es ist deine Mittelstufenleiterin: Eine Kollegin sei erkrankt und für das wichtige Schulgartenprojekt werde dringend noch eine Lehrkraft benötigt. Na klar kannst du das, der leitende Kollege ist ein ganz Eifriger und hat bestimmt schon stapelweise EU-Normen für Salatgurken, Radieschen und Möhren kopiert!

Du zügelst deine Freude, dass du für die Projektwoche nichts weiter vorbereiten musst, und willigst zögernd ein. Du hast allerdings nicht damit gerechnet, dass so viele Kinder erdverbunden sind und um die Wette jäten, säen, pflügen und ernten wollen. Es wird eine anstrengende Woche, in der auch du viel über Stauden, Wildkräuter, Schädlinge und Nützlinge lernst. Als du dich am Präsentationstag aus der Arbeitshocke aufrichten willst, schreit dein Ischiasnerv gequält auf und beschert dir in den Sommerferien wochenlang Fangopackungen und manuelle Therapie. Ein schönes Thema für die nächste Projektwoche: Gesunder Rücken, gesunder Mensch!

Gabriele Frydrych





Wir lassen uns nicht abhängen!

GEW mobilisiert für Beamtenstreik am 16. Juni

Am 15. April haben sich die Gewerkschaften und die hessische Landesregierung auf Tarifierhöhungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes geeinigt. Die Gehälter steigen ab 1. März 2015 um 2,0% und ab 1. April 2016 um weitere 2,4%. Dabei erneuerten die Gewerkschaften ihre Forderung, das Tarifiergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Sowohl in den Verhandlungen als auch in den anschließenden öffentlichen Debatten blieb die Landesregierung bei ihrer Ankündigung einer achtzehnmonatigen Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten und der Ablehnung einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifiergebnisses.

Die Delegiertenversammlung der GEW Hessen hatte bereits im November 2014 beschlossen, für diesen Fall für eine eintägige Arbeitsniederlegung der Lehrerinnen und Lehrer im Beamtenverhältnis zu mobilisieren. Ende April beschloss der GEW-Landesvorstand konkrete Schritte zur Vorbereitung eines eintägigen Streiks am Dienstag, dem 16. Juni 2015. Gleichzeitig forderte der DGB Hessen-Thüringen die Landesregierung noch einmal auf, umgehend Verhandlungen über eine Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten aufzunehmen.

Jetzt Bereitschaft erklären!

Die GEW wird dann zum Streik aufrufen, wenn mindestens 3.000 Lehrerinnen und Lehrer ihre Bereitschaft erklären, die Arbeit am 16. Juni 2015 niederzulegen.

Alle Leserinnen und Leser dieser Ausgabe der HLZ, die ihre Bereitschaftserklärung noch nicht in der Schule abgegeben haben, sind dringend aufgefordert, dies auf dem hier

abgedruckten Formular zu tun und bis zum 8. Juni an die GEW zu faxen oder zu mailen. Jede Unterschrift zählt!

Wird die Zahl von mindestens 3.000 Streikteilnehmerinnen und Streikteilnehmern erreicht, ruft der GEW-Landesvorstand zum Streik und zur Teilnahme an der zentralen Demonstration in Wiesbaden auf. Der Streikaufruf geht umgehend nach der Auszählung der Bereitschaftserklärungen am 9. Juni an alle Schulen und wird im Internet veröffentlicht: www.gew-hessen.de.

Dort findet man auch alle weiteren Hinweise über die „Abmeldung“ der Streikenden bei der Schulleitung, Bausteine für einen Elternbrief, Infos über kostenlose Fahrtmöglichkeiten nach

Wiesbaden und über regionale Treffpunkte vor der Fahrt nach Wiesbaden. Und natürlich kann man dort aktuell nachlesen, ob die Landesregierung Bereitschaft gezeigt hat, von ihrer Blockade abzurücken...

Kundgebung in Wiesbaden

Alle Streikteilnehmer und Demonstranten versammeln sich ab 10.30 Uhr am Hauptbahnhof in Wiesbaden. Die Demonstration führt von dort zum zentralen Kundgebungsort auf dem Derschens Gelände vor dem Landtag. Die Kundgebung der DGB-Gewerkschaften „Für einen handlungsfähigen Staat“ beginnt um 12 Uhr.

Bereitschaftserklärung zur Arbeitsniederlegung am Dienstag, dem 16. Juni 2015

Wenn die GEW dazu aufruft, werde ich mich zur Durchsetzung der folgenden Forderungen an einer eintägigen Arbeitsniederlegung am Dienstag, dem 16. Juni 2015 beteiligen:

- zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses vom 15. April 2015 auf die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger
- Übertragung der seit 2009 geltenden einheitlichen tarifvertraglichen Arbeitszeit von 40 Stunden auf alle Beamtinnen und Beamten und damit Reduzierung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde

Name	Schule	Unterschrift

Bitte senden Sie dieses Formular bis zum 8. Juni an den GEW-Landesverband. Aus Zeitgründen bitten wir, die Erklärung entweder per Fax zu schicken (069-971293-93) oder einzuscannen und per E-Mail zu versenden (info@gew-hessen.de).

Auf der Grundlage der vorliegenden Bereitschaftserklärungen beschließt die GEW über den Aufruf zur Arbeitsniederlegung am 16. Juni. Voraussetzung ist das Erreichen des Quorums von 3.000 Beschäftigten.

Weitere aktuelle Informationen gibt es auf der GEW-Homepage www.gew-hessen.de, bei den GEW-Kreisverbänden oder bei den GEW-Vertrauensleuten an den Schulen.

10 gute Gründe für unseren Streik am 16. Juni

1. Wir lassen uns nicht abhängen

Die hessische Landesregierung weigert sich, die Gehalts-erhöhungen für den öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Sie will den Beamtinnen und Beamten eine 18-monatige Nullrunde bis zum 30. Juni 2016 aufzwingen und sie weiterhin 42 Stunden in der Woche arbeiten lassen. Danach soll die Beamtenbesoldung jährlich um ein Prozent steigen. Und zwar unabhängig von der Preis- und Gehaltsentwicklung in der Gesamtwirtschaft und im öffentlichen Dienst! Für 2017 wird vage eine Arbeitszeitverkürzung auf 41 Stunden in Aussicht gestellt. Die Gewerkschaften fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses von 2015 sowie der im Tarifvertrag bereits seit 2009 vereinbarten 40-Stundenwoche auf die Beamtinnen und Beamten. Das heißt für alle Lehrerinnen und Lehrer: eine Pflichtstunde weniger!

2. Unsere Arbeit ist es wert

Die Gehälter für die Beschäftigten des Landes Hessen steigen nach der Tarifeinigung vom 15. April zum 1. März 2015 um 2,0 Prozent und noch einmal um weitere 2,4 Prozent am 1. April 2016. Die geplante Nullrunde und die anschließende Begrenzung der Einkommenserhöhungen auf 1 Prozent führen zu einer dauerhaften Absenkung der Einkommen der Beamtinnen und Beamten. Da die Lehrerinnen und Lehrer die größte Gruppe stellen, steht für uns fest: Die Landesregierung will eine dauerhafte, massive Absenkung der Lehrergehälter in Hessen erreichen. Das müssen wir verhindern!



3. „Beamtenfeindliche Politik unverantwortlich“

In der letzten Tarif- und Besoldungsrunde 2013 äußerte sich die CDU, die Partei von Ministerpräsident *Bouffier*, Finanzminister *Schäfer*, Innenminister *Beuth* und Kultusminister *Lorz*, noch ganz anders. Damals drohten die rot-grünen Regierungen in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen mit einer Abkoppelung der Beamtengehälter. Gemeinsam mit ihrem damaligen Koalitionspartner FDP erklärte die CDU in einem Entschließungsantrag im Landtag: „Der Landtag lehnt die beamtenfeindliche Politik, die in den rot-grün geführten Bundesländern umgesetzt wird, ab. Die zum Teil weit hinter dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst zurückbleibenden Regelungen bringen eine unverantwortliche Missachtung der Beamtinnen und Beamten zum Ausdruck (...) und führen zu erheblichen Einkommensverlusten und einer langfristigen Verschlechterung der finanziellen Situation der Landesbediensteten.“ **Stimmt!**

Übrigens haben die Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen die Abkoppelung nach der Tarifrunde 2013 zu Fall gebracht.

4. Schwarz-Grün in Hessen ist bundesweit isoliert

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Tarifvertrags für die 15 Bundesländer im Bereich der Tarifgemeinschaft der Länder haben die Länder Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen für 2015 eine vollständige Übertragung auf ihre Beamtinnen und Beamten zugesagt - mit Gehalts-erhöhungen zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang wie bei den Tarifbeschäftigten. Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt übertragen mit geringen Abschlüssen oder geringen zeitlichen Verzögerungen. Nur Hessen, eines der reichsten Bundesländer, beharrt auf der Nullrunde. Das lassen wir uns nicht bieten! Und wir sind sicher, dass wir uns dabei auf die Solidarität der anderen Gewerkschaften und des DGB verlassen können.

5. Die Abwertung unserer Arbeit stoppen

Es ist eine Frage der Selbstachtung, dass wir die materielle und fachliche Abwertung unserer pädagogischen Arbeit in den Schulen nicht hinnehmen. Unser Arbeit ist mit einer langen Ausbildung und vielfältigen Belastungen verbunden. Wir leisten täglich gute Arbeit, auch unter schwierigen Bedingungen. Dafür wollen wir auch eine gerechte Bezahlung. Sonderopfer für den öffentlichen Dienst und für die Beamtinnen und Beamten sind ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten.

6. Eine Pflichtstunde weniger für alle: Jetzt!

2004 wurde die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten von 38,5 auf 42 Wochenstunden erhöht. Das gilt bis heute und es ist der höchste Wert aller Bundesländer. Die Pflichtstundenzahl der Lehrerinnen und Lehrer wurde 2004 um eine Stunde erhöht. Auch hier wird den Lehrerinnen und Lehrern im Bundesvergleich übermäßig viel zugemutet. 2009 wurde die Arbeitszeit der Beschäftigten des Landes Hessen im Angestelltenverhältnis auf 40 Stunden festgesetzt. Diese tarifliche Arbeitszeit muss endlich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Für die Lehrerinnen und Lehrer heißt das: eine Pflichtstunde weniger für alle – und das sofort, statt ungedeckter Schecks auf die Zukunft.

7. Unsere Arbeitszeit ist ein Anachronismus

Während die Beamtenarbeitszeit in den letzten 100 Jahren von 60 auf durchschnittlich 40 Stunden sank, liegt die Pflichtstundenzahl einer Grundschullehrerin wie vor 100 Jahren bei 29 Stunden. Die Belastungen steigen ständig, die Anforderungen wachsen und die Gesellschaft verändert sich. Viele Kolleginnen und Kollegen sind an der Grenze der Belastbarkeit angekommen und riskieren täglich ihre Gesundheit. Viele Lehrerinnen und Lehrer arbeiten Teilzeit und verzichten auf das entsprechende Einkommen, um die Belastungen auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Deshalb fordern wir mit unserem Streik nicht nur die Übertragung der Tariferhöhungen. Wir fordern Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsentlastung und das sofort.

8. Hessen ist ein reiches Land – Geld ist genug da

Geld ist genug da! Die Steuereinnahmen des Landes Hessen sprudeln. Durch die Steuerpolitik der großen Koalition und der schwarz-grünen Landesregierung verzichtet der Staat auf zusätzliche Steuereinnahmen zur Finanzierung eines solidarischen Sozialstaats. Stattdessen muss die „Schuldenbremse“ als Begründung für den dreisten Griff in die Lohntüten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes herhalten.



9. Generationengerechtigkeit geht anders!

Bei der Weigerung, die Tariferhöhungen auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, beruft sich Innenminister Peter Beuth unter anderem auf die „Schuldenbremse“ in der Hessischen Verfassung und auf die „Generationengerechtigkeit“. Wir sagen: Generationengerechtigkeit geht anders. Die Geringschätzung von Bildung und der im Bildungsbereich Beschäftigten schadet den jungen Menschen von heute. Zur Generationengerechtigkeit gehören ausreichende Investitionen in Bildung, eine Wertschätzung der Arbeit in den Bildungseinrichtungen und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten: Sie sind es wert!

10. Streikrecht ist Menschenrecht

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig stellte in seinem Urteil vom 27. Februar 2014 klar, dass das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte ohne hoheitliche Aufgaben mit den Grundsätzen der europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar ist. Der Gesetzgeber muss die Vereinbarkeit des deutschen Beamtenrechts mit dem europäischen Recht herstellen. Bis zu einer entsprechenden Änderung der Gesetze sind die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst bei der Beamtenbesoldung „in den Blick zu nehmen“. Das Recht ist auf unserer Seite, wenn wir am 16. Juni streiken. Aber es wird uns nicht von den Gerichten geschenkt. Vor möglichen Sanktionen schützt uns eine möglichst große Zahl von Streikenden. Deshalb macht die GEW den Streikaufruf davon abhängig, dass mindestens 3.000 Lehrerinnen und Lehrer schriftlich ihre Teilnahme am Streik erklären.

Ich streike am 16. Juni, weil...



...weil ich es wert bin, dass ich für meine gute Arbeit eine „gute Bezahlung“ erhalte.

Birgit Sauer-Rupp, 55, Förderschullehrerin, Schule für Kranke, Riedstadt

...weil wir unsere berechtigten Forderungen ohne das Mittel des Streiks gegen die schwarz-grüne Landesregierung nicht werden durchsetzen können. Streik ist ein demokratisches Grundrecht, das auch Beamtinnen und Beamten zusteht.

Martin Gertenbach, 44, Heinrich-Schütz-Schule Kassel, KGS



...weil Kinder Zeit brauchen und guter Grundschulunterricht auch! Deshalb: Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung aus dem Tarifvertrag von 2009 JETZT !!!

Anette Stieling, 54, Grundschule Hessisch Lichtenau

...weil die geplante „Nullrunde“ den Lehrerberuf weiter entwertet, insbesondere da er im Grundschulbereich zu fast 100% ein Frauenberuf ist. Außerdem steht die Übertragung der Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden seit 2009 aus.

Heike Rickert-Fischer, 49, Hasselbachschule Neuenhasslau, Grundschule



...weil ich mich für eine bessere personelle Ausstattung der Inklusion einsetzen möchte und weil alle Lehrkräfte immer weitere neue Aufgaben bekommen, ohne dass es dafür irgendeine Entlastung gibt.

Richard Maydorn, 35 Jahre, Johannisberg-Schule Witzenhausen, Kooperative Gesamtschule

...weil zum ersten Mal ein Besoldungsgesetzgeber eine Nullrunde durchsetzen möchte, obwohl die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie! Danach wollen CDU und Grüne sogar eine Deckelung der Besoldungserhöhungen für die nächsten Jahre. Dagegen müssen wir uns wehren.

Jutta Mussong-Löffler, 57, GAZ Reichelsheim, Kooperative Gesamtschule



...weil es Bildung nicht zum Nulltarif gibt. Die Sparmaßnahmen der Landesregierung dürfen nicht zu Lasten der Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler, der Qualität des Schulsystems und auch nicht der Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer durchgeführt werden!

Felix Backs, 36, Altes Kurfürstliches Gymnasium Bensheim

...weil wir uns gegen die schleichende Entwertung unseres Berufes wehren müssen. Die Anforderungen an unseren Beruf haben massiv zugenommen - und das ohne jeden Ausgleich! Ein willfähriges Erdulden dieser Einschnitte würde als Einladung zu weiteren Kürzungen verstanden!

Markus Köndgen, 47 Jahre, Grundschullehrer, Dünsbergschule Hohenahr



... weil der Lehrerberuf auch für künftige Generationen attraktiv bleiben soll.

Claudia Prauß, 56, Gg.-Christoph-Lichtenberg-Schule, Gymnasium, Kassel

...weil immer nur lamentieren auch nicht weiter hilft.

Edgar Wilhelm, 49, Pestalozzische Eschwege, Förderschule



...weil von Fürsorge des Dienstherrn, von Wertschätzung unserer Arbeit nichts zu spüren ist. Da sich auf dem Verhandlungsweg offensichtlich nichts bewegt, müssen wir die Dringlichkeit der Forderungen mit einem Streik deutlich machen!

Andreas Stähler, 56, Albert-Einstein-Schule Schwalbach, Gymnasium

...weil die Arbeit der Lehrkräfte immer stressiger wird. Wir brauchen dringend eine Arbeitszeitverkürzung, um unsere Arbeit gut zu machen, und eine Entgeltanpassung, auch angesichts der Angleichung in vielen anderen Bundesländern. Das reiche Hessen stiftet Unfrieden.

Friedhard Werner, 56, Adolf-Reichwein-Schule Marburg, Berufsschule





...weil ich die Nullrunde für Beamtinnen und Beamte in Hessen nicht akzeptiere! Hessen gehört als einziges Bundesland nicht der Tarifgemeinschaft der Länder an und nimmt auch in der Besoldungsrunde 2015 eine Sonderrolle ein. Ich bin nicht bereit, dies widerstandslos hinzunehmen!

Barbara Ludwig, 64, Georg-Chr.-Lichtenberg-Schule Ober-Ramstadt, IGS

...weil die Kluft zwischen Beamtenbesoldung und allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung überwunden und die Arbeitszeitverkürzung aus 2009 übertragen werden muss. Künftige Lehrerinnen und Lehrer sollen für die ständig wachsenden Aufgaben auch honoriert werden.

Helmut Schmidt-Biermann, 61, Grundschule Breiter Hagen, Bad Wildungen



...weil der Plan der schwarz-grünen Landesregierung, die Tarifergebnisse nicht auf Beamtinnen und Beamte übertragen zu wollen, eine bodenlose Unverschämtheit ist. Da bin ich es meiner eigenen Selbstachtung schuldig, vor meiner Pensionierung mindestens noch einmal zu streiken.

Heinz Bayer, 63, Schulzentrum Hessen-Homburg, Haupt- und Realschule

...weil Menschenrechte auch für Beamtinnen und Beamte gelten. Ich unterstütze den Streik, weil sich der Dienstherr vom Alimentationsprinzip verabschiedet. Widerstand gegen eine Politik nach Gutsherrenart ist nötig, auch wenn die deutsche Rechtsprechung noch nicht so weit ist.

Christine Dietz, 31, Geschwister-Scholl-Schule Wiesbaden, Grundschule



...weil ich gegen eine ungerechte Tarifpolitik protestiere und mich für die Wertschätzung unserer Arbeit einsetzen will.

Annette Koch, 45, Grundschule Neu-Eichenberg, Werra-Meißner-Kreis

...weil es bei deutlichen Steuermehreinnahmen an Dreistigkeit kaum zu überbieten ist, verbeamtete Lehrkräfte von der Gehaltsentwicklung abzukoppeln und gleichzeitig die Belastungen weiter zu erhöhen. Gegen diese Politik nach Gutsherrenart gilt es, deutliche Zeichen zu setzen.

Holger Giebel, 40, Martin-Luther-Schule Rimbach, Gymnasium



Wir unterstützen euren Streik:

Der DGB Hessen-Thüringen unterstützt euren Streik am 16. Juni. Mit der Politik nach Gutsherrenart muss in Hessen endlich Schluss sein. Die Beamtinnen und Beamten leisten genauso gute Arbeit wie ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen. Deshalb gibt es keinen Grund, die Übertragung des Tarifergebnisses zu verweigern. Hessen soll sich ein Beispiel an Bayern

oder Rheinland-Pfalz nehmen, die die Übertragung bereits auf den Weg gebracht haben. Die hessischen Beamtinnen und Beamten haben mit 42 Stunden nach wie vor die bundesweit längste Wochenarbeitszeit. Die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten ist auf 40 Stunden zu reduzieren.

Gabriele Kailing, Vorsitzende DGB Hessen-Thüringen



Die hessische Landesregierung will die Beamtinnen und Beamten in der Besoldung noch weiter abhängen. Dabei haben die Beamtinnen und Beamten neben Thüringen mit 42 Stunden die längste Wochenarbeitszeit und hinken in der Bezahlung schon jetzt hinterher. Das gilt auch für die Lehrerinnen und Lehrer, die im bundesweiten Vergleich die höchste Unterrichtsverpflichtung haben. Nun will die Landesregierung das Tarifergebnis nicht zeit- und wir-

kungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Damit hat sie den Warnstreik der Beamtinnen und Beamten in Hessen herausgefordert! Eine Nullrunde können wir nicht hinnehmen! Die Regierung sollte schnellstmöglich ihre Planungen korrigieren. Wenn sie dazu nicht bereit ist, wünsche ich der hessischen GEW einen kraftvollen Warnstreik am 16. Juni 2015.

Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW



Ich unterstütze die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen am 16. 6., weil wir einen gemeinsamen Arbeitsplatz Schule haben und uns nicht spalten lassen, weil viele von ihnen sich freigemacht haben, um uns Tarifbeschäftigte bei unseren beiden Warnstreiks zu unterstützen, und weil wir nur gemeinsam stark sind. Die

Tarifverhandlungen sind abgeschlossen. Deshalb werde ich als Tarifbeschäftigte am 16. Juni nicht streiken. Aber ich werde dabei sein und meine Arbeitszeit an anderen Tagen nachholen.

Moni Frobel, Sozialpädagogische Fachkraft, Marburg



Gegen Politik nach Gutsherrenart

Mit ihrer Null-Runden-Politik knüpfen CDU und Grüne an die schlechte Tradition der Regierungszeit von *Roland Koch* an. Dem Land Hessen droht eine „Operation Düstere Zukunft 2.0“ und eine Neuauflage der Politik nach Gutsherrenart.

Die Position des DGB und seiner Einzelgewerkschaften ist klar: Hessen darf seinen Haushalt nicht auf Kosten seiner Beschäftigten sanieren. Das wäre für die Gewerkschaften ein nicht hinnehmbares Sonderopfer zur Einhaltung der Schuldenbremse. Die Beschäftigten sind nicht dafür verantwortlich, dass das Land seiner Einnahmeverantwortung nicht nachkommt.

Durch eine weitere Verschlechterung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen wird es in Zukunft schwerer werden, Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Die Verlängerung der Arbeitszeit und die Streichung von Stellen haben bereits in der Vergangenheit zu einer erheblichen Verdichtung der Arbeit geführt.

Die Tarifbeschäftigten und die Beamtinnen und Beamten sind nicht die Melkkühe der Landesregierung und sie lassen sich nicht spalten. Die Landesregierung will die Beamtenbesoldung im Jahr 2015 gar nicht und ab Mitte 2016 nur noch um ein Prozent anheben. Das werden

der DGB und die Gewerkschaften nicht hinnehmen. Das wäre faktisch eine Reallohnabsenkung von mindestens 5 Prozent von 2015 bis 2018 für 110.000 Beamtinnen und Beamte und ihre Familien. Statt weiterer Kürzungen fordern wir die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Zu den gewerkschaftlichen Forderungen zählen weiterhin die Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden gemäß dem Tarifergebnis von 2009, ohne dass dies durch Arbeitsverdichtung zu ihren Lasten geht.

Durch die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat sich der Staat um Einnahmen in Höhe von mehreren Milliarden Euro gebracht, die eigentlich für die bedarfsgerechte Finanzierung wichtiger Aufgaben benötigt werden. Dabei sind vor allem reiche Haushalte und der Unternehmenssektor entlastet worden. Gleichzeitig gibt es marode Straßen und sanierungsbedürftige Schulen, werden Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen und Kitagebühren erhöht. Die Gewerkschaften halten dies für nicht tragbar und schon gar nicht

für einen Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“. Die öffentlichen Leistungen des Landes und der Kommunen in Hessen dürfen nicht weiter beschnitten werden. Der DGB und die Gewerkschaften fordern deshalb eine andere Steuerpolitik: Mehr Einnahmen können durch eine Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine stärkere Besteuerung hoher Erbschaften erzielt werden.

Mitmachen: www.fuer-alle.com

Die Gewerkschaften wollen einen handlungsfähigen Staat mit Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur für die, die sich Bildung oder Sicherheit auch privat einkaufen können. Wir wollen keinen Magerstaat, der von der „Schuldenbremse“ ausgehungert wird und in dem nur noch der Mangel verwaltet wird.

Was viele Gewerkschaftsmitglieder denken, kann man auch auf der neuen Internetplattform des DGB Hessen-Thüringen nachlesen, die seit dem 1. Mai online ist. Wer Lust hat, mitzumachen, ist herzlich eingeladen. Es geht ganz einfach: Man lädt sein eigenes Foto hoch und erklärt, warum wir zufriedene Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben sollten – ganz gleich, ob angestellt oder verbeamtet.

Wir unterstützen euren Streik:



*Wir unterstützen den Streik der Lehrerinnen und Lehrer in Hessen, weil alle Abwehrkämpfe gegen die zunehmende Prekarisierung von Arbeit und gegen den sozialstaatlichen Rückzug aus dem Bildungsbereich notwendig sind. Dass Erzieher*innen, Lehrer*innen und studentische Hilfskräfte momentan Arbeitskämpfe führen müssen, ist das Resultat der chronischen Unterfinanzierung des gesamten Bildungssystems. Das Paradigma der neoliberalen Bildungsinstitution setzt auf*

Wettbewerb durch Prekarisierung. Dem setzen wir ein ausfinanziertes und demokratisiertes Bildungssystem entgegen. Ein wichtiger Bestandteil ist der Kampf um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine Wertschätzung der Beschäftigten im Bildungsbereich, die sich auch materiell zeigt und nicht bloße Plattitüde ministerialer Gala-Reden ist.

Valentin Fuchs und Laurien Simon Wüst (Foto), Referenten für Hochschulpolitik, AStA Goethe-Uni Frankfurt



Nun gut, streiken als Pensionär geht ja wohl nicht. Aber gegen die ebenso dumme wie dreiste ‚Operation düstere Zukunft‘ der Schwarz-Grünen auf die Straße zu gehen, das muss einfach sein. Und das nicht nur, weil es auch um die Pensionen geht.

Gerd Turk, Oberursel, GEW Main-Taunus

**Alle aktuellen Informationen zur Streikvorbereitung und zum Streiktag in Wiesbaden:
www.gew-hessen.de**

Liebe Eltern, auf ein Wort!

Am Dienstag, dem 16. Juni, wird auch an der Schule Ihres Kindes gestreikt. Vielleicht stöhnen Sie nach den Streiks der letzten Wochen bei der Bahn und in den Kitas und fragen sich: „Jetzt auch noch die Lehrerinnen und Lehrer! Muss das wirklich sein?“

Doch auch die Lehrerinnen und Lehrer streiken nicht aus Jux und Dollerei! Sie werden an diesem Tag ihrer Unterrichtsverpflichtung nicht nachkommen, sondern zusammen mit den Mitgliedern anderer Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in Wiesbaden vor dem Hessischen Landtag demonstrieren. Sie werden ihrem Ärger darüber Luft machen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber die Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer, die Beamte sind, nach unten drücken will. Und sie werden dafür demonstrieren, dass es im Land Hessen einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, ein gutes Bildungssystem und einen Sozialstaat gibt, den sich nicht nur die Reichen leisten können.

Mitte April 2015 hat die hessische Landesregierung mit den Gewerkschaften einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Gehälter für die Beschäftigten des Landes Hessen steigen zum 1. März 2015 um 2,0 Prozent und noch einmal um weitere 2,4 Prozent am 1. April

2016. Doch den Lehrerinnen und Lehrern, die in Hessen in der Regel Beamte sind, verweigert die Landesregierung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen jede Einkommenserhöhung. Für sie soll es vom 1.1.2015 an achtzehn Monate lang eine „Nullrunde“ geben und auch danach sollen die Einkommen deutlich langsamer steigen als die der anderen Beschäftigten.

Für uns steht fest: Die Landesregierung will eine massive Absenkung der Lehrergehälter in Hessen erreichen. Das wollen wir verhindern, denn die Folge wäre eine dauerhafte Abwertung der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern im Unterricht.

Hessen ist kein armes Bundesland und hat steigende Steuereinnahmen. Trotzdem ist Hessen das einzige Bundesland, dass das Tarifergebnis nicht auf seine Beamtinnen und Beamten übertragen will. Alle anderen Bundesländer zeigen, dass es auch anders geht. Sie werden die Gehaltserhöhungen aus der Tarifrunde 2015 ganz oder weitgehend auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Deshalb sagen wir deutlich: „Wir lassen uns nicht abhängen.“

Außerdem wollen wir es nicht länger hinnehmen, dass bundesweit nur noch für die hessischen Beamtinnen und Beamten weiter die 42-Stunden-

Woche gilt und die hessischen Lehrerinnen und Lehrer deshalb mehr Unterrichtsstunden halten müssen als in anderen Bundesländern.

Liebe Eltern und Erziehungsberechtigte, wir sind uns aus vielen Gesprächen sicher, dass Sie wissen, wie anstrengend der Berufsalltag von Lehrerinnen und Lehrern ist. Wir hoffen deshalb, dass Sie für unsere Forderungen Verständnis haben. Die Wertschätzung, die Sie uns und unserer Arbeit entgegenbringen, den Respekt vor einer verantwortungsvollen Arbeit wünschen wir uns auch von unserem Arbeitgeber, dem Land Hessen.

Aus diesen Gründen bitten wir um Ihr Verständnis, wenn Ihr Kind am Dienstag, dem 16. Juni, weniger oder keinen Unterricht hat oder wenn nur ein Notdienst angeboten wird. Es geht darum, die geplante Abwertung von Bildungsarbeit zu stoppen. Und damit geht es auch um Ihre Kinder.

Ihre Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hessen

Diesen Brief und weitere Textvorschläge finden Sie als Word-Datei und als Kopiervorlagen auf der Homepage der GEW: www.gew-hessen.de

Wir unterstützen euren Streik:

Ich unterstütze den Streik durch Teilnahme an der Kundgebung. Auch Beamtinnen und Beamte haben Anspruch, an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt zu werden. Die Schere klafft seit Kochs „Düstere-Zukunft-Aktion“ sowieso schon weit auseinander. Das würde sich zukünftig noch erheblich verstärken.

Geld ist genug da! Für einen handlungsfähigen Staat muss die Vermögensteuer wieder eingeführt und die Kapitalertragsteuer an die Einkommensteuersätze angepasst werden.

Marianne Friemelt, GEW-Bezirksverband Frankfurt, zurzeit im Sabbatjahr



11. Juli 2015: Hessisches Sozialforum

Das Hessische Sozialforum ist ein Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Initiativen. Es entstand 2003 im Widerstand gegen die „Operation Düstere Zukunft“ der Regierung Koch. Das 10. Hessische Sozialforum findet am 1. Juli 2015 von 10 bis 17 Uhr im Haus am Dom in Frankfurt statt. Referentin ist die Theologin Margot Käbmann.

Ich werde euch am 16. Juni unterstützen, weil ich als Altersteilzeiter in der Freistellungsphase nicht mehr aktiv am Streik teilnehmen kann. Als zukünftiger Rühständler bin ich natürlich sehr daran interessiert, dass die hessischen Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Roland Koch nicht wieder von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt werden!

Walter Schäfer, GEW-Kreisverband Wetzlar



Wir lassen uns nicht abhängen!

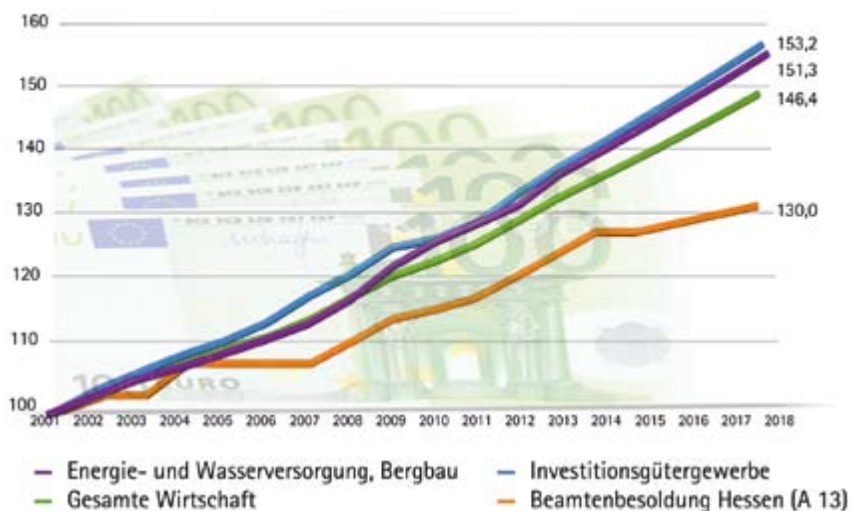
Das Schaubild zeigt die Entwicklung der Einkommen in der Privatwirtschaft und der Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamten seit dem Jahr 2000. Die Schere öffnete sich erstmals deutlich im Jahr 2004 in Folge der „Operation Sichere Zukunft“ der Regierung Koch mit drei Nullrunden für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, mit Kürzungen bei den Sonderzahlungen und mit massiven Einschnitten bei sozialen Initiativen. Die Gewerkschaften sprechen deshalb immer von einer „Operation Düstere Zukunft“.

In den folgenden Jahren stieg auch die Besoldung der Beamtinnen und Beamten wieder an, allerdings ohne dass sich die Kurven wieder annäheren. Denn jede „Nullrunde“, jede Besoldungsrunde mit Erhöhungen unterhalb der allgemeinen Einkommensentwicklung ist mit *dauerhaften* Gehaltseinbußen verbunden. Ab dem Jahr 2015 beruht das Schaubild auf Prognosen. Für die Beamtinnen und Beamten in Hessen sind die Werte eingerechnet, die sich aus den Plänen der schwarz-grünen Koalition ergeben:

- Nullrunde vom 1. Januar 2015 bis zum 30. Juni 2016
- danach eine jährliche Besoldungserhöhung um 1,0 Prozent

Das Ergebnis ist offenkundig: Während die Einkommen in der Privatwirtschaft zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2018 um rund 50 Prozent

Entwicklung der Tariflöhne und der Beamtenbesoldung (A 13) von 2001 (=100) bis 2018 (ab 2014: Projektion)



steigen, wären es bei den Beamtinnen und Beamten nur 30 Prozent. Die Absichten der Regierung liegen auf der Hand: Zur Haushaltskonsolidierung und zur Finanzierung der „Schuldenbremse“ soll bei den Beamtinnen und Beamten abkassiert werden. Die Nullrunde und die anschließende Deckelung würden zu einer dauerhaften Absenkung der Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer, die die größte Beamtengruppe in Hessen stellen, führen.

Noch gar nicht berücksichtigt ist dabei, dass für die hessischen Beamtinnen und Beamten weiter die 42-Stunden-Woche gilt und hessische Lehrkräfte mehr Unterrichtsstunden halten müssen als in den anderen Bundesländern. Eine hessische Grundschullehrerin muss sogar eine Unterrichtsstunde mehr halten als ein Volksschullehrer vor 100 Jahren, obwohl die Arbeitszeit in allen Bereichen und im öffentlichen Dienst seitdem stark zurückgegangen ist.

Alles über das Streikgeld

Die GEW wirbt bei allen hessischen Lehrerinnen und Lehrern im Beamtenverhältnis für die Teilnahme an der ganztägigen Arbeitsniederlegung am 16. Juni.

Streikgeld erhalten Mitglieder der GEW und alle, die spätestens am Streiktag ihre Mitgliedschaft erklären. Die Zahlung von Streikgeld als Ausgleich für den Gehaltsabzug durch die Hessische Bezügestelle erfolgt nach den Richtlinien der GEW „für die Entnahme von Mitteln aus dem Kampf- und Unterstützungsfonds“. Grundlage ist der monatliche Mitgliedsbeitrag.

Für einen eintägigen Streik wird das Dreifache des jeweiligen Monatsbeitrages als Streikgeld gezahlt, wobei ein Streiktag mit fünf Unterrichtsstunden angesetzt ist. Sofern für den 16. Juni 2015 vom Kultusministerium weniger als fünf Stunden abgezogen werden, verringert sich das Streikgeld um 20 Prozent je Stunde. Bei drei Streikstunden werden also 60 Prozent gezahlt. Sofern für diesen Tag mehr als fünf Stunden abgezogen werden, erhöht sich das Streikgeld um 20 Prozent je Stunde. Bei sechs Stunden werden dann 120 Prozent gezahlt. Um Teil-

zeitbeschäftigte – die ja den gleichen Gehaltsabzug wie Lehrkräfte mit voller Stundenzahl erhalten – finanziell nicht schlechter zu stellen, wird bei diesen der Mitgliedsbeitrag für eine volle Stunde zugrunde gelegt. Zusätzlich werden 5 Euro für jedes unterhaltsberechtigten Kind gezahlt. Für die Auszahlung des Streikgelds schickt man den Streikgeldantrag zusammen mit einer Kopie des Bescheids über den Gehaltsabzug durch die Hessische Bezügestelle an die GEW-Landesgeschäftsstelle.

- Weitere Informationen gibt es auf der GEW-Homepage www.gew-hessen.de.

Streikrecht ist Menschenrecht

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig stellte in seinem Urteil vom 27. Februar 2014 unmissverständlich fest, dass das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte ohne hoheitliche Aufgaben mit dem Grundsätzen der europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar ist. Dies entspricht uneingeschränkt der Rechtsauffassung der GEW. Schließlich gelten die Koalitionsfreiheit und das damit verbundene Streikrecht nach Artikel 9 des Grundgesetzes ausdrücklich „für jedermann und für alle Berufe“.

Die Frage, ob das bisher von den meisten deutschen Gerichten aus den „hergebrachten Grundsätzen des Beamtentums“ abgeleitete Streikverbot für Beamtinnen und Beamte damit hinfällig ist, wollte das Bundesverwaltungsgericht nicht entscheiden. Es sieht jedoch die Gesetzgeber in der Pflicht, die Vereinbarkeit des deutschen Beamtenrechts mit dem europäischen Recht herzustellen. Solange seien bei der Beamtenbesoldung die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst „in den Blick zu nehmen“.

Ähnlich vage äußerte sich das Bundesverfassungsgericht in einem ganz aktuellen Urteil vom 5. Mai 2015. In einem Urteil zur Richterbesoldung wurde „eine deutliche Differenz zwischen der Besoldungsentwicklung und den Tarifergebnissen der Angestellten im öffentlichen Dienst in dem jeweils betroffenen Land“ als ein Parameter für eine mögliche Verletzung des „Alimentationsprinzips“ gewertet. In der Frage der Übertragung von Tarifergebnissen auf die Beamtinnen und Beamten besitzte der Gesetzgeber jedoch „einen weiten Entscheidungsspielraum“, der nur beschränkt gerichtlich überprüfbar sei.

Was ergibt sich aus diesen beiden höchstrichterlichen Urteilen für unseren Streik am 16. Juni?

1.) In die Frage des Streikrechts für Beamtinnen und Beamte in Deutschland kommt Bewegung. Das Streikverbot verstößt gegen das Völkerrecht und seine Abschaffung ist lange überfällig. 2.) Die höchsten deutschen Gerichte verpflichten die öffentlichen Arbeitgeber, die Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung und den Tarifergebnissen für den öffentlichen Dienst zu beteiligen.

3.) Damit sind wir mit unserem Streik und unseren Forderungen zur Übertragung des Tarifergebnisses und der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit moralisch auf der richtigen Seite.

4.) Weder das Streikrecht noch die Übertragung werden uns von den Gerichten geschenkt. Das zeigen das Geiere des Bundesverwaltungsgerichts beim Streikrecht genauso wie die Hinweise auf die Ermessensspielräume des Arbeitgebers. Das heißt nicht, dass die GEW auf rechtliche Schritte gegen das Verhalten des Arbeitgebers verzichten wird. Doch jetzt sind erst einmal Solidarität und Kampfbereitschaft gefragt!

5.) Unser Arbeitgeber, das Land Hessen, ist mit der Ankündigung einer Nullrunde in Deutschland komplett isoliert. Diese Isolation und die positive Entwicklung der Rechtsprechung werden dazu führen, dass die Sanktionen gegen Kolleginnen und Kollegen, die am Streik am 16. Juni teilnehmen, nicht über die bisherigen Missbilligungen unterhalb der Ebene eines Disziplinarverfahrens hinausgehen können.

Womit muss ich rechnen?

Im Disziplinarrecht gibt es keinen „Strafkatalog“ für die jeweilige Regelverletzung. Selbstverständlich gelten aber die allgemeinen Rechtsgrundsätze der Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit. Seit dem hessischen Lehrerstreik von 1989, als sich die Schulverwaltung durch tausende von Disziplinarverfahren kämpfen musste, haben die unterschiedlichen Landesregierungen auf die Einleitung förmlicher Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Lehrer wegen der Beteiligung an einer Arbeitsniederlegung verzichtet. Es blieb in der Regel bei einer schriftlichen Missbilligung. Diese muss nach zwei Jahren auf Antrag aus der Personalakte entfernt werden. 2003 hat die Landesregierung auf Maßregelungen ganz verzichtet. Sollten unverhältnismäßig scharfe Maßnahmen auf den Streik erfolgen, würde die Landesrechtsstelle diese Fälle aufgreifen und den Rechtsweg beschreiten.

Die GEW ruft alle verbeamteten Lehrkräfte zum Streik auf. Ausgenommen sind nur die Beamtinnen und Be-



amtinnen auf Widerruf, das heißt die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

Foto: GEW Rheinland-Pfalz

Bei Schulleiterinnen und Schulleitern kann die Einleitung von Disziplinarverfahren rechtlich nicht ausgeschlossen werden. Da die Missbilligung keine Disziplinarmaßnahme ist, darf auch Beamtinnen und Beamten auf Probe daraus kein Nachteil erwachsen. Sollte die Streikteilnahme im Verfahren zur Verbeamtung auf Lebenszeit eine Rolle spielen, wäre dies rechtswidrig. Werden andere Gründe vorgeschoben, ist die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen und der Schulpersonalräte gefragt.

Auch bei anstehenden Beförderungen wäre eine Benachteiligung aufgrund der Streikteilnahme rechtswidrig. Selbst die nur in einem förmlichen Disziplinarverfahren zu verhängenden Maßnahmen oberhalb der Missbilligung (Verweis, Geldbuße) stehen *rechtlich* einer Beförderung nicht im Weg.

Als Grundsatz gilt auch bei unserem Streik der Schutz der großen Beteiligung. Je mehr Beamtinnen und Beamte sich am Streik beteiligen, desto genauer wird sich der Dienstherr überlegen müssen, welche administrative Arbeitsbelastung er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulverwaltung zumutet. Deshalb knüpft die GEW Hessen den Aufruf zum Streik an ein Quorum von 3.000 Lehrerinnen und Lehrern, die verbindlich erklären, dass sie am 16. Juni die Arbeit niederlegen werden.

Selbstverständlich wird für den „Streiktag“ durch den Dienstherrn keine Besoldung bezahlt. GEW-Mitglieder und Kolleginnen und Kollegen, die spätestens am Streiktag ihre Mitgliedschaft erklären, haben Anspruch auf Streikgeld zum Ausgleich des Gehaltsverlustes.



Tarifverhandlungen an der Goethe-Universität

GEW fordert Tarifverträge für Hilfskräfte

Bis zum Redaktionsschluss der HLZ lag noch kein Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Goethe-Universität Frankfurt vor. Während die für den Geltungsbereich des Tarifvertrags Hessen (TVH) Mitte April 2015 vereinbarten Entgelterhöhungen auch für Beschäftigte der Goethe-Universität gelten, gab es noch keine Einigung über die Forderung der Gewerkschaften, dass die wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte in den Tarifvertrag der Universität aufgenommen werden sollen.

Dieser Forderung hatte sich am 22. April auch der Senat, das höchste Beschlussgremium der Hochschule, angeschlossen. Für die Forderung nach tarifvertraglichen Regelungen für Hilfskräfte gibt es folglich eine breite Unterstützung innerhalb der Hochschule. „Wir sind überrascht, dass die Hochschulleitung den eigenen Senatsbeschluss nicht umsetzen will“, kommentiert *Carmen Ludwig* als Verhandlungsführerin der GEW den bisher ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen: „Einerseits beharrt die Goethe-Universität auf ihrer Autonomie, andererseits will sie die daraus resultierenden Spielräume nicht nutzen.“ Die von der Universitätsleitung angebotenen

„Selbstverpflichtungen“ sind für *Lukas Becker* von der Hilfskraftinitiative an der Goethe-Universität nicht genug. Sie könnten „nach Belieben unterlaufen werden“. Rechtssicherheit gebe es nur mit einem Tarifvertrag.

Die Beschäftigten bekräftigten ihre Forderungen am Tag der Senatssitzung mit einer „freundlichen Blockade“ des Verwaltungsgebäudes der Universität, bei der Einweihung des neuen Seminargebäudes durch Wissenschaftsminister *Boris Rhein* (CDU) am 5. Mai und mit einem erneuten Warnstreik am 18. Mai.

Die Arbeit als studentische oder wissenschaftliche Hilfskraft ist für viele Studierende ein wichtiger Einstieg in die Forschung. Auf der Arbeit der Hilfskräfte basieren die Abläufe in der Universität, darum wollen sie fair entlohnt und rechtlich abgesichert sein. Die Vorteile einer tarifvertraglichen Regelung liegen auf der Hand:

- regelmäßige Lohnanpassungen in den Tarifrunden: In den letzten Jahren sind die Reallöhne durch ausbleibende Anpassungen um fast 30 Prozent gesunken.
- rechtlicher Schutz
- Ende der Einzelverträge und persönlichen Abhängigkeit vom Arbeitgeber



GEW fordert Freistellung vom VERA-Stresstest

Anlässlich des erneuten Testmarathons für alle Drittklässler an Hessens Grundschulen mit Vergleichsarbeiten in Deutsch und Mathematik (VERA 3) bekräftigte die GEW ihre Forderung nach einer möglichen Freistellung vom „VERA-Stresstest“. Bereits 2012 hatte die Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen, dass es „in Ausnahmefällen gute Gründe geben (kann), einzelne Schulen oder Schulgruppen befristet von der Teilnahme an VERA-3 freizustellen.“ Der GEW liegen inzwischen über 200 Anträge hessischer Grundschulen vor, die trotz differenzierter und schulbezogener Begründungen vom Hessischen

Kultusministerium (HKM) pauschal abgeschmettert wurden. Eine mittelhessische Grundschule verwies auf den Widerspruch zu ihren Bemühungen um Inklusion, und eine Grundschule in Südhessen monierte, dass aus der Auswertung der bisherigen Vergleichsarbeiten „keine Folgen zur Verbesserung der Lern- und Förderbedingungen der Schüler und Schülerinnen resultierten“. Die GEW-Vorsitzende *Birgit Koch* forderte in diesem Zusammenhang das HKM auf, endlich der KMK-Vereinbarung „zur Weiterentwicklung von VERA“ vom 8. März 2012 nachzukommen und Schulen in begründeten Fällen freizustellen.

Aufwertung erzwingen!

Erzieherinnen im Streik



Am 8. Mai sind die Beschäftigten des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes in Nordhessen wie in mehreren anderen Bundesländern in einen unbefristeten Erzwingungsstreik getreten, um eine deutliche Aufwertung ihrer Berufe durchzusetzen. Am 11. Mai folgten die Kolleginnen und Kollegen in Süd- und Mittelhessen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser HLZ war der Ausgang dieses Arbeitskampfes nicht absehbar, so dass hier nur der Verlauf der Warnstreikphase dargestellt werden kann.

Die Gewerkschaften hatten die Entgeltordnung (EGO) Ende 2014 gekündigt. Es handelt sich somit um keine reguläre Tarifrunde, vielmehr geht es um eine nachhaltige Verbesserung der 2009 eingeführten Entgeltordnung.

Steigende Streikbeteiligung

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) starteten am 25. Februar. *Norbert Hocke*, der als Leiter des Vorstandsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit für die GEW verhandelt, bewertete den Auftakt als „ausgesprochen zäh“. So wurde schnell deutlich, dass Erfolge nur zu erwarten sind, wenn die Beschäftigten ihre Entschlossenheit demonstrieren. Bis zum Scheitern der Verhandlungen führten GEW und ver.di in Hessen drei Warnstreiks durch. Die erste Welle fand über mehrere Tage verteilt Mitte März statt. Es folgten zwei eintägige Warnstreiks am 8. und am 20. April. Die Zahl der streikenden GEW-Mitglieder erhöhte sich von Warnstreik zu Warnstreik. Zahlreiche Beschäftigte traten in diesen Wochen in die GEW ein.

Am 20. April sendeten 6.500 Streikende in Offenbach anlässlich der dort stattfindenden fünften Verhandlungsrunde ein beeindruckendes Zeichen an die kommunalen Arbeitgeber. Dennoch machte die VKA nur minimale Zugeständnisse, von denen lediglich kleine Beschäftigtengruppen geringfügig profitiert hätten. Daher stellte die GEW

das Scheitern der Verhandlungen fest und leitete eine Urabstimmung ein. Bis zum 5. Mai waren alle im Geltungsbereich beschäftigten Mitglieder zur Stimmabgabe aufgefordert. Am 6. Mai waren alle Stimmen ausgezählt und es zeigte sich, dass mit einer Zustimmung von 96,37 Prozent das für einen Erzwingungsstreik gesetzte Quorum von 75 Prozent mehr als deutlich überschritten wurde. Die schon in den Warnstreiks zu verspürende kämpferische Stimmung hatte sich offenbar noch gesteigert!

Angesichts der Streiks mussten viele Kitas schließen oder ihr Angebot im Rahmen von Notdiensten einschränken. Trotzdem zeigten die meisten Eltern viel Verständnis für die Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher. Wer wüsste auch besser um die Herausforderungen und den Wert der von ihnen geleisteten Arbeit? Im Rahmen der Streikversammlung am 8. April in Frankfurt sprach *Burkhard Lang* als Mitglied des Gesamtelternbeirats der städtischen Kinderzentren den Streikenden seine Solidarität aus. Auch *Mike Josef* (SPD) und *Janine Wissler* (DIE LINKE) zeigten in der Diskussion mit den Streikenden nicht nur Verständnis für die gewerkschaftlichen Forderungen, sondern versprachen auch ihre politische Unterstützung.

Die Presse kommentierte, zumindest in der Warnstreikphase, den Arbeitskampf zumeist mit viel Wohlwollen. Die Notwendigkeit einer besseren Bezahlung der Sozial- und Erziehungsberufe wird von kaum jemandem noch in Frage gestellt. Als Gegenargument wird die schwierige Finanzlage der Kommunen herangezogen. Im Leitartikel der Frankfurter Rundschau begrüßte *Stephan Hebel* am 7. Mai die erfolgreiche Urabstimmung und mahnte die längst überfällige Verbesserung der öffentlichen Einnahmen an:

„Dass Bildung und Erziehung nicht auf Profit getrimmt werden können, haben selbst die Privatisierer eingesehen. Das ist gut so, aber es hat eine Kehrseite: Was die Kitas kosten, das muss die öf-

fentliche Hand sich auch ‚leisten‘. Also werden die Erzieherinnen und Erzieher zum Opfer nicht des Profitstrebens, sondern der Legende von der armen öffentlichen Hand. Sie würden diesem Land einen Dienst erweisen, streikten sie so lange, bis der Staat endlich lernt, sich vom privaten Reichtum das zu holen, was die Kommunen für die öffentliche Daseinsvorsorge brauchen.“

Konkurrenz oder Kooperation?

Die Verhandlungen werden von ver.di, der GEW und dem Deutschen Beamtenbund (dbb) gemeinsam geführt. Ver.di ist nach den Mitgliederzahlen im Sozial- und Erziehungsdienst die größere Gewerkschaft, während der dbb – zumindest in Hessen – überhaupt nicht wahrnehmbar war. Insbesondere in den ersten Wochen der Tarifaus-einandersetzung wurde das Verhältnis zwischen GEW und ver.di von vielen Streikenden als Konkurrenzverhältnis wahrgenommen. Tatsächlich gelang es der GEW im Vorfeld der Warnstreiks trotz intensiven Bemühungen nur in Ausnahmefällen, belastbare Absprachen mit ver.di zu treffen. Dies führte bei vielen Streikenden zu Irritationen, insbesondere wenn es in den einzelnen Einrichtungen je nach Gewerkschaftszugehörigkeit unterschiedliche Informationen gab oder Streikaufrufe zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingingen. Im Rahmen eines klärenden Gesprächs auf Landesverbandsebene konnten Anfang Mai endlich verbindliche Absprachen getroffen werden. Die Vorbereitungen des Erzwingungsstreiks waren dann von einer spürbar verbesserten Zusammenarbeit vor Ort geprägt.

Roman George, GEW Hessen

Topaktuell: www.gew-hessen.de

Alle aktuellen Infos, Fotos und Video-clips zum Streik findet man auf der Homepage der GEW Hessen: www.gew-hessen.de

Der Bildungsgipfel kreit



„Es kreite der Berg – und gebar eine Maus.“ Das Sprichwort geht auf eine Fabel von Aop zurück und findet sich auch in einer Fabel von La Fontaine wieder, hier illustriert von Grandville (1803–1847). (Quelle: wikicommons)

Sieben Monate nach dem Start des Bildungsgipfels und nach vielen Stunden meist ehrenamtlicher Mitarbeit in den Arbeitsgruppen zogen die Landes­schlervertretung (LSV), der Landeselternbeirat (LEB), der Elternbund Hessen (ebh), der Verband Bildung und Erziehung Hessen (VBE) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Anfang Mai vor der Landes­pressekonferenz eine kritische Bilanz. In einer gemeinsamen Erklärung konstatierten die Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerschaft, dass die bisher vorliegenden Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen „in der Regel Selbstverständlichkeiten wiedergeben, die auch ohne die zeitintensiven Diskussionen Konsens unter allen Beteiligten waren“.

In der wirklich kontroversen Frage nach „mehr sozialer Gerechtigkeit in den Schulen“ gebe es „keine zufriedenstellende Entwicklung“. Die Erklärung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, seine Partei sei bereit, über längeres gemeinsames Lernen zu verhandeln, sei bisher ohne Folgen geblieben. Die Enttäuschung der Bündnispartner kam

auch in den folgenden Feststellungen zu den bisherigen Ergebnissen der Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels zum Ausdruck:

- Die AG 1 „Gestaltung von Schule“, bei der es zentral um einen breit getragenen Kompromiss für ein gerechteres Schulsystem gehen müsste, konnte kein Zwischenergebnis vorlegen.
- Der Zwischenbericht der AG 2 zu „Herausforderungen der Bildungsregionen“, in der es im Wesentlichen um die regionale Schulentwicklung geht, beschränkt sich auf die Entwicklung von Grundschulen und Beruflichen Schulen. Die Schulentwicklung in der Sekundarstufe I und die Frage der Entwicklung von „wirklichen Ganztagschulen“ wurden ausgeklammert.
- Drei Viertel des Zwischenberichts der AG 3 zur „Gestaltung individueller Unterstützungsangebote“ bestehe aus Definitionen und der Forderung, dass Lehrkräfte und Schule für individuelle Förderung und Schritte zur Inklusion „ein entsprechendes Bewusstsein entwickeln“ müssten. Die Aussage, „dass Inklusion kein Sparprogramm sein darf“, sondern „genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen“, berühre zwar

den Ressourcenvorbehalt im Schulgesetz, bleibe so aber „ohne jede weitere Konsequenz“.

In der grundlegenden Frage, ob alle Schulen sich zu inklusiven Schulen weiter entwickeln sollen, wurde keine Einigung erzielt. Der Arbeitsauftrag für die Entwicklung eines Konzepts zur individuellen Förderung soll nicht weiter verfolgt werden.

- In der AG 4 „Schule als Vorbereitung für die Arbeits- und Lebenswelt“ bestehe bezüglich der Arbeitswelt ein weitgehender Konsens zwischen den Beteiligten. Insbesondere zwischen den Sozialpartnern habe dieser aber bereits vor dem Bildungsgipfel bestanden. Ergebnisse zu den Themen „Vorbereitung auf die Lebenswelt“ und „Durchlässigkeit“ stehen noch aus.

- Der Zwischenergebnis der AG 5 „Lehrerbildung“ beziehe sich lediglich auf das Studium, die erste Phase der Lehrerausbildung und enthalte „keine wesentlichen neuen Aspekte“. Die Zweite Phase der Lehrerbildung (Vorbereitungsdienst am Studienseminar und in den Schulen) wurde bisher genauso wenig behandelt wie die ganz entscheidende Frage der Finanzierung und Organisation der Fortbildung der Lehrkräfte.

Trotz der ermchternden Zwischenbilanz entschieden sich LEB, LSV, ebh, GEW und VBE, zunächst „in den Arbeitsgruppen weiter konstruktiv mitzuarbeiten“:

„Wenn auch die Hoffnung deutlich geringer wird, dass mit diesem Bildungsgipfel entsprechend der Koalitionsvereinbarung ein ‚Schulfrieden‘ erreicht und auf diese Weise den ‚Schulen, Schulträgern und Eltern Planungssicherheit gegeben werden kann‘, wollen wir diese im Interesse von guter Schule für Schülerinnen und Schüler noch nicht ganz aufgeben. Die Zeit für eine gute Vereinbarung zum Wohle von rund 800.000 jungen Menschen in Hessen wird allerdings zunehmend knapp. Jetzt kommt es zentral darauf an, ob sich die schwarz-grüne Koalition dafür entscheidet, sich hin zu einem gerechten Schulsystem zu bewegen, und hierfür ein umfassendes, konkretes und zukunftsweisendes Angebot vorlegt. Sollte dies nicht geschehen, wird der Bildungsgipfel das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel nicht erreichen.“

Aus dem Hauptpersonalrat

Landesprogramm für Flüchtlinge

Auf Nachfragen des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) berichtete das Hessische Kultusministerium über den Stand der Planungen für das Landesprogramm für Flüchtlinge. Derzeit arbeite man an dem Programm „Integration durch Abschluss“ (InteA) für jugendliche Flüchtlinge und junge Erwachsene. Für Weiterbildungsmaßnahmen sind in diesem Bereich in den nächsten Jahren 20 Stellen vorgesehen. Im Programm EIBE 2 würden aktuell rund 40 Klassen mit Flüchtlingen beschult, die große Dynamik mache konkrete Planungen schwer. An drei Modellschulen in Frankfurt, Gießen und Kassel gebe es zusätzlich eine sozialpädagogische Stelle. An den allgemeinen Schulen würden zurzeit über 10.000 Flüchtlinge unter 16 Jahren beschult.

InteA sei keine eigene Schulform. Im ersten Jahr dominiere der Schwerpunkt Deutsch wie in den Intensivklassen, im zweiten Jahr eher der berufliche Bereich. Danach könne mit einer Bescheinigung des erreichten Sprachniveaus und der Dauer der Teilnahme ein Wechsel in eine andere Schulform oder der Übergang in eine Ausbildung erfolgen. Die Größe der Lerngruppen orientiere sich mit maximal 16 Schülerinnen und Schülern an den Intensivklassen.

Der HPRLL forderte das HKM auf, die notwendigen Ressourcen für die Weiterbildung von Lehrkräften für diese Aufgabe bereitzustellen.

Dienstliche Beurteilung

Auf massive Ablehnung des HPRLL stieß ein erster Entwurf des HKM zur Vereinheitlichung der Beurteilung von Lehrkräften bei der Verbeamtung auf Lebenszeit und bei Bewerbungen auf Beförderungs- und Funktionsstellen. Der Umfang des Kriterienkatalogs sei für die Beurteilenden kaum leistbar, zu vielen Items könnten Schulleiterinnen und Schulen kaum relevante Aussagen machen.

Aber nicht nur die Vielzahl der Kriterien und die vorgesehene Bepunktung stießen auf die Kritik des HPRLL, sondern vor allem die dem Richtlinienentwurf zugrunde liegende „Philosophie“ des „Führens und Folgens“. Bei der Beurteilung zukünftiger „Führungskräfte“ werde fast ausschließlich von „Mitarbeitern“ gesprochen, nicht von Lehrkräften oder Kolleginnen und Kollegen. Kollegialität und kollegialer Umgang sowie demokratische Beteiligungsrechte und Mitbestimmungsgremien kämen dagegen viel zu kurz. Hier signalisierte das HKM die Bereitschaft zur Überarbeitung des Entwurfs.

Der HPRLL fordert ganz grundsätzlich, die Verfahren zur dienstlichen Beurteilung bei der Verbeamtung auf Lebenszeit und bei einer Bewerbung auf eine Funktionsstelle getrennt zu regeln. In dieser zentralen Frage und bei der Bepunktung sämtlicher Items gab es bei Redaktionsschluss der HLZ noch keine Einigung.

Stellenzuweisung für 2015/2016

Die Lehrerzuweisung für das Schuljahr 2015/2016 sieht für Grundschulen und Gymnasiale Oberstufen Kürzungen im Umfang von 300 Stellen vor:

- **In der Grundschule** soll der Zuschlag für Fördermaßnahmen von 1,5 Stunden pro Klasse nun je nach Klassengröße auf 0,5 Stunden (bis 17 Kinder) bzw. 1,0 Stunden (18 bis 21 Kinder) gekürzt werden. Landesweit sollen so 140 Stellen eingespart werden. An einzelnen Schulen würde so der Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung von 4% komplett „aufgefressen“.

- **In der gymnasialen Oberstufe** soll der Schülerfaktor zur Berechnung des Lehrersbedarfs beginnend mit der Jahrgangsstufe 11 (E-Phase) verschlechtert werden. Dies führt zur einer Erhöhung der Kursgrößen und zur Einsparung von 160 Stellen allein im nächsten Schuljahr. Für eine Oberstufe mit 300 Schülerinnen und Schülern führt die Kürzung zum Wegfall einer ganzen Lehrerstelle. Reine Oberstufenschulen würden mit dieser Kürzung auf eine Lehrerzuweisung von unter 100% fallen.

Die 300 Stellen sind für den „Pakt für den Nachmittag“, die Ausweitung der sozialindizierten Lehrerzuweisung („Sozialindex“), die Inklusion und die Intensivklassen für Seiteneinsteiger vorgesehen. Positiv ist nur, dass die Zuweisung für den DaZ-Unterricht nicht mehr auf den Sozialindex angerechnet wird.

Landeselternbeirat neu gewählt

Bei der Neuwahl des Landeselternbeirats am 9. Mai wurden zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Schulformen in ihrem Amt bestätigt, so dass dieser „mit den Kernpunkten seiner zukünftigen Aufgaben nahtlos an den vorherigen Landeselternbeirat anknüpft“. Die Kernpunkte seiner zukünftigen Aufgaben sieht der LEB „in den Bereichen Bildungsgerechtigkeit, Ausbau von Ganztagschulen, Förderung der Inklusion und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit“.

Mitglieder des LEB sind Reiner Pilz (Kooperative Gesamtschulen), Cornelia Götzl und Joachim Moritz (Integrierte Gesamtschulen), Sven Hild und Mehmet Aykan (Förderschulen), Simone Michel, Stephan Wassmuth und Katja Knoch (Grundschulen), Astrid Zimmermann (Mittelstufenschule), Matthias Bedürftig (Ersatzschulen), Ingrid Häußler und Dr. Boris Schmidt (Gymnasien), Dagmar Biesenthal und Björn Engler (Hauptschulen), Martina Gilbert, Joachim Reifenberg und Hans-Joachim Bärenfänger (Realschulen) sowie Helmut Kinkel und Astrid Alles-Hartmann (Berufliche Schulen).

Neuer Vorsitzender ist Reiner Pilz, Stellvertreter sind Kornelia Götzl und Sven Hild.

Proteste gegen Kürzungen in Grundschulen und Oberstufen

Die GEW ist empört, dass bestehende Defizite in der Zuweisung für die Bereiche Inklusion, Ganztag und Deutsch als Zweitsprache durch schlechtere Arbeits- und Lernbedingungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden sollen. Der HPRLL kündigte Proteste der Schulen gegen die Kürzungen in den Grundschulen und Gymnasialen Oberstufen an. Musterresolutionen stellt der Landesverband der GEW zur Verfügung (www.gew-hessen.de).



Der Einstieg in den Lehrerberuf

Überlegungen zu einer Berufseinstiegsphase in Hessen

Franziska Conrad ist Mitglied im Leitungsteam des Referats Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand. Sie vertritt die GEW in der Arbeitsgruppe 5 des Bildungsgipfels, bei dem auch

über die Etablierung einer institutionalisierten Berufseinstiegsphase für Lehrerinnen und Lehrer beraten wird. Franziska Conrad skizziert ihre Überlegungen zu „Planungen und Desideraten“.

An allgemeinbildenden Schulen in Hessen werden zurzeit jährlich über 2.500 neue Lehrkräfte eingestellt. Wie die Forschung zur berufsbiografischen Entwicklung von Lehrkräften zeigt, ist die Phase des Berufseinstiegs eine richtungsweisende Zeit, die prägend für die weitere berufliche Entwicklung ist. Im Jahre 2000 kritisierte *Ewald Terhart* im Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz (KMK) eingesetzten Kommission zur Lehrerbildung die gegenwärtige Lage:

„Der Einsatz der jungen Lehrkräfte folgt bisher primär schulorganisatorischen Notwendigkeiten, nicht aber dem Ziel eines weiteren Ausbaus der beruflichen Kompetenz im Rahmen einer sinnvollen Abfolge von Lerngelegenheiten mit schrittweise wachsenden Anforderungen.“ (1)

Hessische Steuergruppe schweigt

Seitdem hat sich einiges getan. Die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen machen spezielle, zum Teil auch verpflichtende Angebote für Lehrkräfte in den ersten drei Berufsjahren. In Hessen gibt es derzeit noch keine institutionalisierte Berufseingangsphase, auch wenn einzelne Schulen und Schulämter Angebote für neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen machen. An manchen Schulen gibt es spezielle Beauftragte für die Begleitung des Berufseinstiegs der neuen Lehrkräfte, die in die Organisation und Schulentwicklung einführen, bei Konflikten beratend zur Seite stehen und Fortbildungen z. B. für die Zusammenarbeit mit Eltern anbieten.

Besonders erwähnenswert sind die von *Christina Keßler* und *Kerstin Gromes* zusammengestellten Bausteine zum Berufseinstieg, die im Rahmen eines COMENIUS-Projekts vom Staatlichen Schulamt Gießen/Vogelsberg und von der Schulbehörde der Region Granada in Spanien entwickelt wurden (2). Grundlagen waren eine Umfrage bei

100 Lehrkräften, die erst kurz zuvor ihr Referendariat abgeschlossen und die erste „richtige“ Stelle an einer Schule angetreten hatten, und ein Arbeitstreffen mit Schulleitungen, bei dem die Pilotversion des Manuals vorgestellt und einer ersten kritischen Bewertung durch Praktiker unterzogen wurde.

Im Mai 2013 erteilte die damalige Kultusministerin *Nicola Beer* (FDP) dem Landesschulamt den Auftrag zur Entwicklung eines Konzepts für die Berufseingangsphase. Es sei zentrale Aufgabe der Schulleitung, sicherzustellen, dass Berufseinsteiger systematisch eingeführt und begleitet und deren Potenziale genutzt werden. Die Steuergruppe beim Hessischen Kultusministerium (HKM) bezog sich unter anderem auf die Expertise von *Uwe Hericks* (HLZ 1-2/2014), der die Professionalisierung von Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern empirisch erforscht (3). Nach Hericks dient die Berufseingangsphase vor allem folgenden Aufgaben:

- der Rollenfindung als Lehrkraft und dem Ausbalancieren von Nähe und Distanz
- der Vermittlung von Fachinhalten
- der Anerkennung von Schülerinnen und Schülern „als entwicklungsbedürftigen und entwicklungsfähigen Anderen“
- der Kooperation in der Organisation Schule

Dazu führt Hericks derzeit weitere Befragungen von Referendarinnen und Referendaren im Prüfungssemester ihres Vorbereitungsdienstes durch, die dann auch während ihres Berufseinstiegs begleitet und interviewt werden sollen. Unterstützung und Begleitung in der Berufseingangsphase seien notwendig, damit die jungen Lehrkräfte nicht in „unreflektierte Rezeptologie“ verfallen.

Nach der Einrichtung der Steuergruppe hat die Öffentlichkeit allerdings von all diesen Überlegungen nichts mehr gehört und von „Aufbruch“ ist keine Spur.

Was ist notwendig?

Der Aufbau einer sinnvollen Berufseingangsphase in Hessen müsste auf mehreren Ebenen erfolgen:

- Die Bausteine von Keßler und Gromes beziehen sich auf die Ebene der Einzelschule. Sie schlagen vor, den neuen Lehrkräften zunächst Basisinformationen zur Schule zu geben, zur Organisation des Schulbetriebes, zum Schulprogramm, zu Regeln, Zielen und Konzepten, zum pädagogischen Personal, zu Unterricht und Elternarbeit sowie zu kooperierenden Institutionen. Dies kann anhand eines Readers geschehen, der mit den Lehrkräften zu Beginn ihrer Tätigkeit durchgesprochen wird. Angebote der Schulleitung sollten der Begleitung, Beratung, Feedback und auch der Entlastung dienen: durch feste Ansprechpartner oder Mentoren, durch regelmäßige Feedbackgespräche und Selbstdiagnosebögen (4) oder eine „Berufseinstiegerrunde“. Lehrkräfte im Beamtenverhältnis auf Probe sollten die Kriterien für die Verbeamtung auf Lebenszeit kennen. Weitere Möglichkeiten der Unterstützung sehen Keßler und Gromes in der Einrichtung kollegialer Fallberatungen, durch eine offene und transparente Information und Kommunikation und eine „kluge, arbeitssparende Schulorganisation“. Hier sprechen Keßler und Gromes auch den weit verbreiteten Missstand an, dass neuen Lehrkräften Aufgaben aufgebürdet werden, die die altgedienten Lehrkräfte nicht erledigen wollen. Aber gerade die Berufseinstiegsphase braucht Zeit für die Durchführung des Unterrichts, die Eingewöhnung ins Kollegium und die Zusammenarbeit mit den Eltern. Außerdem schlagen Keßler und Gromes eine Einführung der neuen Kolleginnen und Kollegen in die Systematik und die wesentlichen Bestimmungen des Schulrechts vor.
- Auf der Ebene der Staatlichen Schulämter sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um zu verhindern,

dass Schulen miteinander um Anmeldezahlen konkurrieren und sich auf Kosten der anderen Schulen profilieren. Junge Lehrkräfte könnten über die Einzelschule hinaus Lerngemeinschaften bilden, in denen sie Unterricht gemeinsam entwickeln, Schulentwicklung lernen und Konzepte für die Kooperation von Schulen in der Region entwickeln. Auch die kollegiale Fallberatung wird eher akzeptiert, wenn man sich mit Lehrkräften austauscht, die nicht aus dem eigenen Kollegium stammen. Gerade die Aufgabe, eine inklusive Schule aufzubauen und inklusiven Unterricht zu entwickeln, lässt sich nicht mehr durch die Einzelschule allein schulern. Die für Inklusion und pädagogische Unterstützung verantwortlichen Dezernentinnen und Dezernenten der Staatlichen Schulämter sollten daher schulformübergreifende Angebote für Berufseinsteiger machen, um sie für die Arbeit in der inklusiven Schule zu qualifizieren. Auch die Angebote zur Gesundheitsförderung sind bei den Staatlichen Schulämtern besser aufgehoben als bei der Einzelschule, weil vor Ort eher die Tendenz besteht, die neuen Lehrkräfte für alle neuen Vorhaben einzusetzen, und diese voller Motivation sind, sich auch auf alle Angebote allzu bereitwillig einzulassen. Dazu gehören Trainingsangebote zur Stressbewältigung und zum Selbstmanagement im Hinblick auf die Entwicklung „engagierter Gelassenheit“.

- Neben den Angeboten der Einzelschule und der Staatlichen Schulämter muss es auch **zentrale Angebote für junge Lehrkräfte** geben. Dazu gehören Fortbildungsveranstaltungen zum Zeit- und Projektmanagement, zur Weiterentwicklung der Beratungskompetenz, zur Unterrichtsentwicklung, zur Arbeit in heterogenen Lerngruppen, zum Umgang mit Unterrichtsstörungen und Konflikten und zum Classroom Management. Zentrale Fortbildungsveranstaltungen bieten einen räumlichen Abstand und Möglichkeiten zur Distanzierung von der eigenen Schule. Auch die konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung der Berufseingangsphase, die Koordination der Akteure, die Entwicklung von Handreichungen und Materialien und die Evaluation sind Aufgaben eines zentralen Landesinstituts. Leider gibt es in Hessen kaum noch qualifizierte zentrale Fortbildungsangebote von staatlicher Seite.

- Auch den **Studienseminaren** könnten wichtige Aufgaben bei der Ver-



zählung der zweiten und dritten Phase der Lehrerausbildung zukommen. Allerdings reichen die Ressourcen der Studienseminare derzeit kaum für die Erfüllung ihrer Kernaufgaben. Denkbar wäre, dass die Studienseminare gemeinsame Veranstaltungen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und in der Berufseingangsphase anbieten, von denen alle Beteiligten profitieren könnten. Denkbare Themen wären das erwähnte Classroom Management, die Leseförderung, der kompetenzorientierte Unterricht oder die Durchführung fachspezifischer Lernstandsdiagnosen.

Ideen gibt es genug. Jetzt brauchen wir zielgerichtete Planungen und politisches Handeln. Die Berufseingangsphase zu realisieren, wird eine herausfordernde Aufgabe für die am 1. April neu gegründete Hessische Lehrkräfteakademie (LA) (HLZ 5/2015).

Notwendige Ressourcen

Dass sehr viele neu eingestellte Lehrkräfte ihr Stundendepotat reduzieren, weil sie glauben, ihre Arbeit mit voller Stundenzahl nicht gut machen zu können, zeigt, wie hoch die Arbeitsbelastung während des Berufseinstiegs ist. Daher muss der Staat Zeitressourcen bereitstellen. Die GEW fordert in ihrem Landesvorstandsbeschluss vom 25.

Mai 2013 daher, dass in der Berufseingangsphase die Unterrichtsverpflichtung im ersten Jahr um sechs Stunden und im folgenden Jahr um drei Stunden reduziert werden soll. Die reduzierte Unterrichtsverpflichtung berücksichtigt, dass Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger für die Vorbereitung des Unterrichts, aber auch für andere Aufgaben mehr Zeit als berufserfahrene Lehrkräfte benötigen. Zudem brauchen sie Zeit für besondere Fortbildungen und Möglichkeiten der kollegialen Zusammenarbeit (z. B. Hospitation und Teamteaching), von denen auch berufserfahrene Lehrkräfte profitieren können.

Franziska Conrad

- (1) Ewald Terhart: Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Weinheim, Basel 2000
- (2) www.bausteine-berufseinstieg-schule.de
- (3) Uwe Hericks: Professionalisierung als Entwicklungsaufgabe, Wiesbaden 2006; Manuela Keller-Schneider und Uwe Hericks: Professionalisierung als individuelle und kollektive Entwicklungsaufgabe von Lehrpersonen und Kollegien. In: J. Hellmer und D. Wittek (Hrsg.): Schule im Umbruch begleiten. Opladen, Berlin, Toronto 2013, S. 135-148
- (4) Eva Diel und Dr. Tanja Nieder: Fragebögen zum Klassenklima, Wiesbaden 2010; Eva Diel und Lisa Schmitt: Fragebögen zur Unterrichtsqualität, Wiesbaden 2010.



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

FORTBILDUNG

PROGRAMMAUSZUG

Juni – September 2015

Personalräteschulung T7218

Rechtsfragen für Personalräte III

Andreas Skorka

Di, 16.06.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 110 € (Entgelt zahlt Dienststelle)

Workshop N8403

Workshop Deutsch als Fremdsprache (DaF)

Tipps für die Arbeit mit Seiteneinsteigern (Intensivklassen)

Susanne Völpel

Fr, 26.06.15, 9:00 - 16:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B7224

„Schulrecht“ in der Zweiten Staatsprüfung - lea hilft!

Werner Scholz

Sa, 27.06.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Lehrgang P7228

Maschinenschein Holzverarbeitung

Lambert Löher

Fr, 03.07, 10.07. u. 17.07.15, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €

K7232

**Mit dem Skizzenblock unterwegs:
Wanderung auf dem Lahn-Höhenweg**

Dr. Margit Dries

Fr, 10.07.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Balduinstein

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop Q7233

Sounds & Grooves mit Stift & Co

Perkussives Klassenmusizieren mit Schultutensilien

Martin J. Junker

Fr, 10.07.15, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

B8221

Schulrecht - (k)ein Buch mit sieben Siegeln?

Werner Scholz

Di, 15.09., Mo, 28.09. u. Do, 05.11.15, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 112 €; Mitglieder GEW Hessen 95 €

Workshop Q8185

Stomp in der Grundschule

Tine Böhnke

Mi, 23.09.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar B8285

Begleitete Intervention im schulischen Alltag

Entwicklung von Problemlösungen durch kollegiale Fallberatung in Gruppen

Dr. Susanne Pietsch

Mi, 23.09.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar B8189

Qualitätsrahmen für ganztätig arbeitende Schulen in Hessen

Guido Seelmann-Eggebert

Mi, 23.09.2015, 10:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B8292

Leistungsdokumentation und -bewertung im inklusiven Unterricht

Claudia Federolf

Mi, 23.09.15, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Supervision B8398

Supervision im Bereich Mutismus

Mutistische und ungewöhnlich schüchterne Kinder im Unterricht

Edgar Gerbig

Do, 24.09., 15.10., 17.11., 08.12.15, 26.01., 28.02., 26.04., 07.06.16,

jew. 14:00 - 17:00, Erbach / Odw.

Entgelt 300 €; Mitglieder GEW Hessen 260 €

Einfach anrufen: 0 69 – 97 12 93-27
 oder faxen: 0 69 – 97 12 93-97
 Online-Buchung: www.lea-bildung.de
 E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags
 von 9:00 bis 16:00 besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen
 auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch
 telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:
 Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.
 Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung?
 Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene
 Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule/Ihre Bildungseinrichtung
 zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen
 Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main
 HR-Eintrag: 75319
 StNr: 225/05K19
 Aufsichtsratsvorsitz:
 Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey
 Geschäftsführung: Peter Kühn
 Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.
 Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie
 unter www.lea-bildung.de

**Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2015
 Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit
 der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.**

**Im Internet ist das Programm bereits ab September
 unter www.lea-bildung.de einzusehen.**

Seminar B8404

Prävention von sexuellem Missbrauch

Umgang mit eigenen Grenzen und Erfahrungen im beruflichen Umfeld
 Franz Oppolzer
 Do, 24.09.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Altenstadt
 Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar M8410

Individuelles Lernen - ein Anstoß zur Entlastung!

Frauke Schönfeld-Süß
 Do, 24.09.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Taunusstein
 Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar G8224

„Finanzkrise“ - Schrecken ohne Ende?

Peter Neumaier
 Fr, 25.09.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
 Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar S8231

Professionelles Arbeiten mit „schwierigen“ Jugendlichen

Beziehungsgestaltung und gelingende Kommunikation
 Jürgen Stockhardt & Stephanie Staudt
 Mo, 28.09. u. Di, 29.09.15, jew. 9:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt
 Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Vortrag mit Diskussion D8416

Streitpunkt „Sexualpädagogik der Vielfalt“

Zwischen medialer Skandalisierung und
 professionstheoretischer Fundierung
 Prof. Dr. Elisabeth Tuider
 Di, 29.09.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
 Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar R8406

Optik in der 6. Klasse - Vorschlag für einen genetischen Unterricht

Udo Papendieck
 Di, 29.09. u. Do, 08.10.15, jew. 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt
 Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop Q8195

Bodypercussion - Feel the body, feel the groove!

Christian Lunscken
 Di, 29.09.2015, 10:00 - 16:00 Uhr, Marburg
 Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar M8201

Stopp-Strategien im Unterricht

Gelassene Präsenz statt Machtkämpfe
 Uwe Riemer-Becker
 Mi, 30.09.2015, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg
 Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar H8202

Entspannungsräume - Für erziehende und lehrende Menschen

Doris Seeber
 Mi, 30.09.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
 Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Studienreise W8411

► Studienreise nach Nicaragua

Themenfelder für die fotografische Praxis im Kunstunterricht
 Heinz Gabler
 So, 18.10. – Sa, 24.10.15,
 Entgelt DZ 650 €; EZ 698 €

Studienreise W8240

► Digitale Fotografie am Gardasee

Fuad Hamdan
 So, 18.10. – Sa, 31.10.15,
 Entgelt DZ 1.790 €; EZ 1.950 €

Studienreise W8412

► Studienreise nach Zimbabwe

Annedore Smith
 Fr, 16.10.15 – So, 01.11.15
 Entgelt DZ 3.100 €; EZ 3.370 €



Projekte, die Schule machen

Projektunterricht an der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden

Projekte haben in der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden eine lange Tradition. Das Kollegium hat sich für diese Art von Unterricht entschieden, um Schülerinnen und Schüler – orientiert an eigenen Fragestellungen – eine Chance für ganzheitliche Erfahrungen zu geben. Für jede Jahrgangsstufe ist in der Regel ein Projekt pro Halbjahr vorgesehen. Die Jahrgangsteams entscheiden zu Schuljahresbeginn, welches davon mit welchen Schwerpunkten und in welchem zeitlichen Rahmen umgesetzt werden soll. Bewährt haben sich folgende Schwerpunkte:

- Klasse 5: Wir lernen uns und unsere Schule kennen, Tiere, Orientierung auf der Erde, Urzeit
- Klasse 6: Liebe und Sexualität, Hochkulturen (z.B. Römer), Waldprojekt
- Klasse 7: Ernährung, Mittelalter, Wasser
- Klasse 8: Jugend, Begegnung Jung & Alt
- Klasse 9: Theater oder Film, Nationalsozialismus
- Klasse 10: Globalisierung

Die in den Jahrgangsteams festgelegten Themen werden in den Jahresarbeitsplan eingetragen. Die Jahrgangsteams vereinbaren, welche Fächer wann und wie zusammenarbeiten,

welche außerschulischen Lernorte wann und mit wem besucht werden sollen. Die Vorteile einer frühzeitigen Festlegung der Eckpunkte liegen auf der Hand:

- Schülerinnen und Schüler können ihre Interessen rechtzeitig einbringen.
- Besuche von außerschulischen Lernorten können stressfrei vorbereitet und organisiert werden.
- Termine und Art der Präsentationen sind von Anfang an für alle bekannt.

Wasser: Ein Thema, das uns alle bewegt

Das Thema „Wasser“ eignet sich hervorragend, um ein Projekt mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt zu realisieren. Biologische, physikalische und chemische Sachverhalte und Phänomene lassen sich hier an ähnlichen Inhaltsfeldern untersuchen und bearbeiten. Je nach Fachrichtung sind unter anderem folgende Themenschwerpunkte möglich:

- Biologie: Wasser als Lebensraum
- Physik: Wasser und seine Erscheinungsformen
- Chemie: Stoffgemische und Stofftrennung

Bei der Arbeit an allen drei Schwerpunkten werden Grundkenntnisse entwickelt und erweitert, die bei der Erschließung von außerschulischen Lernorten oder Spezialthemen ihre Anwendung finden. Neben naturwissenschaftlichen Themen bestehen auch Anknüpfungspunkte zu anderen Fächern wie Deutsch (Balladen, Gedichte oder Erzählungen), Englisch (Versuchsbeschreibung zu Trennverfahren), Kunst (Wasserbilder, Unterwasserlandschaft, Strandleben), Sport (Wassertag) oder Gesellschaftslehre (Lebensgrundlage Wasser). Außerdem sind Exkursionen zu nahe gelegenen Bächen und Seen möglich oder der Besuch eines Klärwerks oder einer Trinkwassergewinnungsanlage.

Die Tabelle zeigt, dass Inhalte und Methoden genau aufeinander abgestimmt werden können. Jedes Jahrgangsteam entscheidet aus dem ausführlich dokumentierten Angebot zu Schuljahresbeginn, welche Bausteine in welcher Form genutzt oder neu entwickelt werden. Die Ergebnisse dieser Absprachen werden dann im Jahresarbeitsplan festgeschrieben. Ebenso wird vereinbart, an welchen übergeordneten Kompetenzen gemeinsam gearbeitet werden soll. Der zeitliche Rahmen beträgt zehn bis zwölf Wochen. Mit der genauen Planung und Vorbereitung beginnen die Jahrgangsteams bereits ab Februar:

- Das Projekt startet mit einem offiziellen Auftakt in der Regel nach den Osterferien und endet mit Präsentationen und einer Aktion kurz vor den Sommerferien.
- Ein erster Lehrgang für Schülerinnen und Schüler zu Untersuchungsmethoden von Fließgewässern beginnt häufig schon vor den Osterferien.
- Die Klassenfahrten an die Nordsee folgen im Mai oder Juni.
- Die Präsentationen der Ergebnisse zu den Spezialthemen finden in der Klasse, während der Klassenfahrt, auf dem Sommerfest der Schule oder bei Elternabenden statt.

Helene-Lange-Schule: Projekt „Wasser“ (Jahrgang 7)	
Einstieg	z.B. Stationenarbeit
beteiligte Fächer	Offenes Lernen (OL), Gesellschaftslehre (GL), Naturwissenschaften (Nawi)
Thema	„Lebensgrundlage Wasser“ als Orientierung für die eigene Schwerpunktsetzung
Themen und Aktivitäten	Methodische Vorschläge
1. Wasser u. Lebensraum 1.1 Wasser in und um Wiesbaden Aktivitäten: Wasserrallye, Wasserwerk, Klärwerk, Wassertag	Lehrgänge 1.1.1 Wasser und andere Stoffe (Nawi): physikalische Trennverfahren, Löslichkeit, Besonderheiten von Wasser, Aggregatzustände, Teilchenmodell, Anomalie, Wasserkreislauf
1.2 Lebensraum Bach Aktivität: Bachexkursion	1.2.1 Gewässeruntersuchung (Nawi): physikalische, biologische und chemische Untersuchungsmethoden
1.3. Lebensraum Nordsee und Wattenmeer Aktivität: Klassenfahrt an die Nordsee (ökologisches System, Deichbau, Küstenschutz, Salzwiesen, Dünen, Tier- und Pflanzenwelt, Tourismus)	1.3.1 Ökosystem Wattenmeer (Nawi): Bewohner des Wattenmeers, Anpassung an den Lebensraum, Nahrungskette, Nahrungspyramide, Überfischung der Meere
2. Lebensgrundlage Wasser 2.1. Wasser im lokalen und globalen Kontext (Abhängigkeit und Konfliktpotenzial im globalen Kontext, globale Auswirkungen von lokalem Konsumverhalten, Deutschland als Wasserimporteur, Konsumverhalten und Wasserverbrauch)	2.1.1 Wasserthemenheft (GL, OL): Ressource Wasser, virtuelles Wasser Arbeit an Spezialthemen (OL): z. B. Trinkwasserversorgung, Thermalquellen, Nordsee/Wattenmeer, Tiefseeleben, Küstenschutz, Wasser in Afrika, Wasserkonflikte Präsentation: Spezialthemen vor Ort bzw. am Schulfest oder Elternabend

Die Auftaktveranstaltung für den gesamten Jahrgang macht deutlich, dass Wasser in seiner Vielfalt in den nächsten Wochen ein Schwerpunktthema sein wird. Bewährt haben sich hierfür Filme, Exkursionen oder auch erste Annäherungen an verschiedene Themenbereiche mit einer Stationenarbeit. Gelingt es an dieser Stelle, die Motivation der Schülerinnen und Schülern zu wecken, entwickeln sie später gute Ideen für ihre Spezialthemen.

Bei allen sehr beliebt sind Exkursionen zur Untersuchung eines Fließgewässers sowie die Klassenfahrt an die Nordsee. Beide Aktivitäten bieten gute Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler an sorgfältiges und eigenverantwortliches Arbeiten heranzuführen. Die dazu notwendigen Grundlagen erhalten sie in jeweils vorausgehenden Lehrgängen. Für die Untersuchung eines Fließgewässers werden beispielsweise verschiedene Untersuchungsmethoden erprobt und eingeübt. Danach planen und bereiten die Schülerinnen und Schüler eigenständig eine Bachexkursion vor, bei der jede Gruppe alle Untersuchungen arbeitsteilig durchführen und dokumentieren muss. Sämtliche Ergebnisse werden dann gemeinsam ausgewertet und zusammengefasst. Sie ergeben einen Gesamteindruck über die Gewässergüte des untersuchten Baches und werden einer interessierten Schulgemeinde beim Schulfest präsentiert.

Nach der ersten Orientierungsphase erfolgen die Vergabe von Spezialthemen und die Erläuterung der Planungs-, Umsetzungs- und Bewertungskriterien, die am Ende erfüllt sein müssen. Nach der Themenwahl wird eine Liste erstellt und ausgehängt. Aus ihr geht hervor, welche Schülerinnen und Schüler woran arbeiten. Finden am Ende gemeinsame Präsentationen im Jahrgang statt, erleichtert der Überblick die Einteilung der Präsentationsfolge nach inhaltlichen Schwerpunkten.

Bei der Präsentation der Spezialthemen geht es um eine abschließende Bewertung einer längerfristigen, selbst organisierten Arbeitsphase. Nach Anleitung fertigen die Schülerinnen und Schüler Portfolios an, in denen schriftliche Ausarbeitungen und andere Dokumente abgeheftet werden. Das Portfolio ist Grundlage für eine Präsentation von interessanten und wichtigen Aspekten ihrer Arbeit sowie für ein abschließendes Portfoliogespräch.

Am Ende des Projekts steht in der Regel eine weitere gemeinsame Aktivität, die den thematischen Schwerpunkt Wasser sinnvoll abrundet. Dies kann zum Beispiel der Besuch einer Kläranlage sein. Da sich die Schülerinnen und Schüler bereits mit Trinkwasser, Wasserverbrauch und Wasserverseuchung beschäftigt haben, können hier nochmals unterschiedliche Aspekte vernetzt werden.



Wenn ein thematischer Schwerpunkt über einen so langen Zeitraum von vielen Fächern gemeinsam bearbeitet wird, ist die Umsetzung des Projektgedankens in seiner reinen Form schwer zu realisieren. Klassenfahrten und Exkursionen wären auf Grund der langen Vorbereitungszeit nicht möglich. Dennoch werden in der Helene-Lange-Schule auch Projekte angeboten, die Schülerinnen und Schüler von Anfang an maßgeblich beteiligen. Diese finden dann allerdings wie das Theater- oder Filmprojekt außerhalb des regulären Unterrichts statt.

*Foto:
Helene-
Lange-
Schule*

Am Ende zählt der Applaus

Bereits im Jahrgang 8 bewerben sich alle vier Klassen des Jahrgangs um die Teilnahme am Theater- oder Filmprojekt im nächsten Schuljahr. Hierfür schreiben sie eigenständig ein kurzes Drehbuch oder üben ein Stück ein, das sie vor einer Jury aufführen. Diese entscheidet, welche Klassen am Theater- und welche am Filmprojekt teilnehmen dürfen.

Das eigentliche Projekt startet im darauffolgenden Schuljahr entweder vor oder nach den Weihnachtsferien. Für jeweils zwei Klassen findet fünf Wochen lang kein regulärer Unterricht statt. Unter Anleitung ihrer Regisseure entstehen in dieser Zeit Drehbücher für die eine oder ein Theaterstück für die andere Klasse. Danach werden Filme gedreht, Theaterstücke inszeniert und präsentiert. Wesentliche Ziele sind die Übernahme von Verantwortung für eigene Aufgaben und die Zusammenarbeit im Team. Am Ende entscheiden Applaus und andere Rückmeldungen darüber, ob sich der Arbeitseinsatz gelohnt hat. Selbstbewusstes und sicheres Auftreten haben alle gelernt. Ein Grund mehr, weswegen Projektarbeit so wichtig ist.

Annette Schüllermann

Literatur:

Kubina Schreder: Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht; Lernen planmäßig gestalten – gemeinsam am Fach- und Schulcurriculum arbeiten. Carl Link 2014



Wasser ist politisch

Wasser ist ein höchst politisches Thema. Die Knappheit von Wasser ist Ursache von Kriegen. Der fehlende Zugang zu sauberem Trinkwasser ist Ursache schwerer Krankheiten. Die Privatisierung der Wasserversorgung zur privaten Profitmaximierung ist Gegenstand heftiger Debatten auch in Deutschland.



Motor für Projektarbeit

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Am 20. Juli 2015 werden im Hessischen Landtag die Landesieger des diesjährigen Geschichtswettbewerbs geehrt. In Hessen haben sich 224 Schülerinnen und Schüler fast aller Schulformen und Jahrgangsstufen mit insgesamt 68 Projekten beteiligt. Bundesweit waren es knapp 5.100 Schülerinnen und Schüler, die insgesamt 1.563 Geschichtsprojekte eingereicht hatten, mit denen sie sich um die insgesamt 250 Landespreise und 50 Bundespreise bewerben. Daneben werden 250 Förderpreise vergeben.

In der Zeit vom 1. September 2014 bis zum 28. Februar 2015 haben die Schülerinnen und Schüler diesmal zum Thema „Anders sein. Außenseiter in der Geschichte“ in ihrer Region geforscht. So haben die hessischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer beispielsweise die Biografie von Einzelpersonen in ihrer Stadt oder Gemeinde, aber auch in der eigenen Familie erforscht, die zu verschiedenen Zeiten und aufgrund unterschiedlicher Zuschreibungen „anders waren“. Zu ihnen gehören unter anderen *Kalle Becker* alias *Karl-Heinz Hanser* aus Marburg, *Arthur Stern* aus Frankfurt-Rödelheim, *Katharina Roth* aus Wiesbaden, *Ludwig Nüdling* aus der Rhön, *Luise Büchner* und *Carlo Mierendorff* aus Darmstadt. Aber auch Personengruppen wie sozial benachteiligte und marginalisierte Menschen, Flüchtlinge, Vertriebene, Kriegsgefangene, Homosexuelle oder Prostituierte fanden das Interesse der jungen Spurensucherinnen und Spurensucher, die in Einzel- oder Partnerarbeit, in Kleingruppen oder auch im Klassenverband gearbeitet haben. Die meisten der eingereichten Projektarbeiten sind außerhalb des Unterrichts entstanden.

Die große Beteiligung, die der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten in seiner über 40-jährigen Geschichte im-

mer wieder erfährt, ist beeindruckend und zeigt, dass historische Projektarbeit an vielen Schulen etabliert ist. Der erste Wettbewerb wurde 1973 ausgelobt. Seine „Väter“ waren der damalige Bundespräsident *Gustav Heinemann* und der Hamburger Unternehmer *Kurt A. Körber*. Seither haben alle Bundespräsidenten die Kooperation mit der Körber-Stiftung, die den Wettbewerb ausrichtet, fortgesetzt und die Schirmherrschaft übernommen.

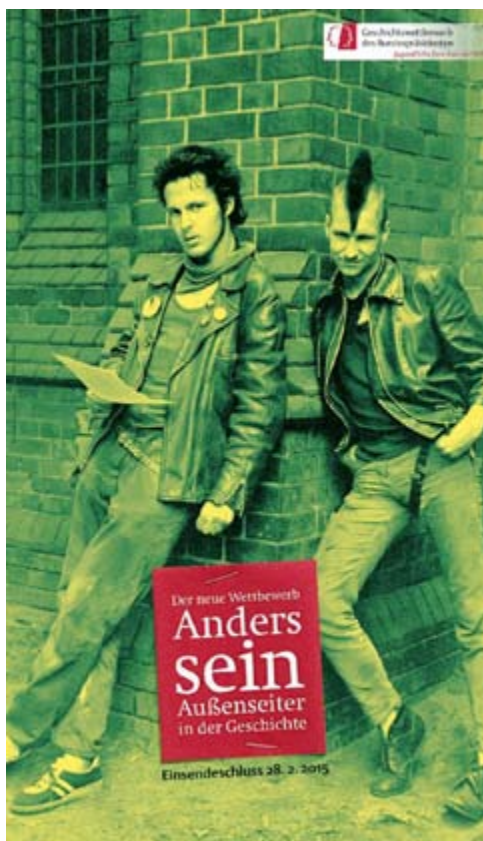
Forschendes und entdeckendes Lernen

Die Erwartungen, die der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellt, sind sehr hoch. Dadurch unterscheidet sich dieser Wettbewerb von vielen anderen Schülerwettbewerben, die den Schulen fast tagtäglich angeboten werden. Erwartet wird, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein eigenes Thema für ihr Projekt finden, dieses eingrenzen, selbständig Fragestellungen entwickeln und sich schließlich auf die Suche nach Quellen begeben. Im Geschichtswettbewerb wird von den Jugendlichen die Beherrschung eines großen Methodenrepertoires gefordert. So müssen sie aufwändige Quellenarbeit betreiben, in Archiven oder Bibliotheken Dokumente in alten Schriften lesen, alte Fotografien oder Filme auswerten, Interviews mit Experten oder Zeitzeugen führen. Die Quellen sollen nach dem Prinzip der Multiperspektivität befragt und ausgewertet sowie ein Gegenwartsbezug hergestellt werden.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen also forschend und entdeckend zu Einsichten in historische Zusammenhänge. Wer jemals einen Blick in die Arbeiten des Geschichtswettbewerbs werfen konnte, ist nicht nur beeindruckt von der Vielzahl der bislang unveröffentlichten Zeugnisse der Vergangenheit, die die Jugendlichen zutage gefördert haben, sondern auch von der zum Teil erstaunlichen Reife des historischen Urteils, das viele der Jugendlichen abgeben.

Darüber hinaus müssen die Schülerinnen und Schüler einen Arbeitsbericht erstellen, in dem sie ihren Forschungsprozess dokumentieren, ihre Arbeit und schließlich auch ihren Lernzuwachs reflektieren. Der Arbeitsbericht fließt in die Bewertung des Beitrages ein.

Alles das erfordert eine hohe Motivation und große Anstrengungsbereitschaft, alle Arbeitsschritte müssen genau dokumentiert werden und der zeitliche Aufwand ist immens. Das fordert den Jugendlichen viel ab. Auch die große Freiheit bei der Ausgestaltung der Projekte und der Präsentationsformen – vom schriftlichen Beitrag über Film, Hörspiel und Theaterstück bis zur Ausstellung – stellt für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine große Herausforderung dar, die sie häufig nur mit Unterstützung ihrer Tutorinnen und Tutoren, in der Regeln sind dies Lehrerinnen und Lehrer, bewältigen. Und manches ambitionierte Projekt führte nicht zu einem Wettbewerbsbeitrag, weil die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und auch die Lehrkräfte den hohen Anforderungsgrad unterschätzten und ihre methodischen, fachlichen und personalen Kompetenzen überschätzten.



Unterstützung ist erlaubt und gewünscht

Lehrerinnen und Lehrer spielen deshalb im Wettbewerb eine besondere Rolle. Als Tutorinnen und Tutoren treten sie eher in den Hintergrund, sind aber gleichzeitig Initiatoren, Motivatoren, Berater und Lernbegleiter. Die Übernahme dieser veränderten Rolle bedeutet, die herkömmlichen Bahnen des Unterrichts- und Schulalltages zu verlassen und sich auf die eigene Logik des forschenden und entdeckenden Lernens einzulassen. Die Schülerinnen und Schüler sind die Entscheidungsträger im Lernprozess, sie entscheiden über ihr Thema, über die Lernwege und bestimmen die Lernzeit. Die größte Aufgabe für die Tutoren besteht darin, die Schülerinnen und Schüler schrittweise in diese Eigenständigkeit einzuführen und ihnen mehr und mehr Autonomie zu übertragen. Dass sich dadurch das Verhältnis zwischen Lernenden und Lehrenden ändert, empfinden viele Kolleginnen und Kollegen als besonderen Reiz. Sie sind so deutlich näher am individuellen Lernprozess und -erfolg der Schülerinnen und Schüler.

Viele erfolgreiche Tutorinnen und Tutoren begleiten den Wettbewerb über viele Jahre, haben in dieser Zeit einen eigenen Lernprozess durchlaufen und eine anderes Professionsverständnis entwickelt. Die Begleitung der Schülerinnen und Schüler im Wettbewerb geschieht in der Regel außerhalb des Unterrichts und erfordert deshalb von den Tutorinnen und Tutoren zusätzlich ein hohes Engagement. Gleichwohl gibt es aber auch viele Beispiele für eine gelungene Integration der Wettbewerbsarbeiten in den Unterricht. Die Wettbewerbsthemen spiegeln in der Regel aktuelle gesellschaftliche Probleme und sind vielfach anschlussfähig an die Themen der Lehrpläne. Lehrerinnen und Lehrer können sich in bundesweiten und regionalen Workshops, die die Körber-Stiftung zum Auftakt eines jeden Wettbewerbs anbietet, auf die Tutorentätigkeit vorbereiten. Spezielle Tutorenpreise würdigen darüber hinaus das besondere Engagement der Kolleginnen und Kollegen, die den Wettbewerb begleiten.

Förderung einer demokratischen Geschichtskultur

Im Zuge der ökonomischen Durchdringung aller Lebensbereiche wurden Wettbewerbe in den letzten Jahren verstärkt auch im Bildungsbereich etabliert. Schulen, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer treten untereinander in den Wettbewerb, die zunehmend von privaten Anbietern ausgelobt werden. Das Angebot ist mittlerweile kaum mehr zu überschauen. Im Ergebnis werden Preisgelder verteilt, Schulen zertifiziert und mit zum Teil fragwürdigen Labels versehen. Diese Entwicklung muss man durchaus kritisch sehen. Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten verfolgt hingegen andere Motive: Er will das Interesse der Schülerinnen und Schüler für die eigene Geschichte wecken, ihre Selbstständigkeit fördern und das Verantwortungsbewusstsein stärken. In der Auseinandersetzung mit der Geschichte soll letztlich das demokratische Bewusstsein gefördert werden.

In den ersten Wettbewerben ging es um die Geschichte der deutschen Freiheitsbewegung, in den Wettbewerben der zweiten Hälfte der 1970er Jahre um die Erforschung der Sozial- und Alltagsgeschichte. Hier wurde eine Richtung der historischen Forschung an die Schülerinnen und Schüler weitergegeben, die sich gerade erst als wissenschaftliche Disziplin an den Universitäten durchzusetzen begann. Ähnliches gilt für die Regionalgeschichte, denn die Schülerinnen und Schüler wurden und werden explizit dazu aufgefordert, Geschich-



te mit einem lebensweltlichen Bezug zur Geschichte ihrer Stadt, ihrer Schule oder Familie zu erforschen. Auch die Geschichtswerkstätten, die sich die Erforschung der „Geschichte von unten“ zum Ziel setzen, entstanden in den 1980er Jahren. Als in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft die großen Debatten um die Alltags- und Kulturgeschichte ausgetragen wurden, erforschten die Jugendlichen bereits mit großem Interesse und Erfolg historische Alltagsphänomene.

Daneben greift der Geschichtswettbewerb immer wieder gesellschaftliche Diskurse auf oder stößt diese an. Zu nennen sind hier vor allem die Arbeiten, die die jugendlichen Forscher in den 1980er Jahren zum Alltag im Nationalsozialismus verfassten. Der Geschichtswettbewerb bereitet auf diese Weise den Weg für die neue Erinnerungskultur, die sich seit der Mitte der 1980er Jahre dem Gedenken der Opfer des NS-Terrors widmete. Seit dem Ende der 1980er Jahre holt der Geschichtswettbewerb gezielt Gegenwartsprobleme auf den Prüfstand historischer Erfahrungen: „Umwelt hat Geschichte“, „Migration und Einwanderung“, „Mensch und Verkehr in der Geschichte“, „Jung und Alt“, „Protest“ oder „Arbeit“ waren einige der Themen.

Dadurch, dass junge Menschen über die Vergangenheit forschen und die Ergebnisse ihrer Arbeit dokumentieren, wird die Geschichtsschreibung insgesamt auf eine breitere Basis gestellt. Geschichtsschreibung ist so nicht mehr nur die Angelegenheit akademisch gebildeter Expertinnen und Experten, sondern der (jungen) Bürgerinnen und Bürger. In dem Maße, wie Jugendliche durch das forschende Lernen die Standards historischer Forschung kennen lernen, verbreitert sich auch der Kreis derjenigen, die die Geschichtsschreibung zu ihrer eigenen Angelegenheit machen und in der Lage sind, die Erkenntnisse anderer kritisch zu prüfen und zu hinterfragen.

Martina Tschirner

Dr. Martina Tschirner ist Oberstudienrätin im Hochschuldienst an der Goethe-Universität Frankfurt und Mitglied der hessischen Landesjury beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. In ihrer Zeit als Lehrerin im hessischen Schuldienst hat sie als Tutorin zahlreiche Schülerinnen und Schüler im Wettbewerb betreut.

Weitere Informationen:

www.koerber-stiftung.de > Bereiche > Bildung > Geschichtswettbewerb

Foto:
Körber-
Stiftung/
David
Ausserhofer

Das Projekt „MuseumsGuides“

Projektarbeit im Hessischen Landesmuseum Darmstadt

Was bieten Museen im Allgemeinen und was bietet das Hessische Landesmuseum Darmstadt (HLMD) im Speziellen für die Projektarbeit? Ganz allgemein finden junge Menschen im Museum die Möglichkeit, Gegenstände des Wissens nicht als Abbild, Kopie oder virtuell, sondern im direkten Gegenüber zu erleben. Die unmittelbare Anschauung fördert das eigenständige Lernen, Denken und aktive Hinterfragen. Ein Museumsbesuch bedeutet für Kinder und Jugendliche zunächst eine aufmerksame Wahrnehmung und Erfahrung von Dingen. Ausgestellte Exponate können ihnen von Nutzen sein: zum Lernen bestimmter Sachverhalte und als Beitrag zur eigenen Ding-, Welt- und Selbsterfahrung.

Was Museen konkret dazu beitragen können, hängt von den Sammlungsbeständen, ihrer Systematik und dem entsprechenden Vermittlungsangebot ab. Das HLMD, ein Universalmuseum und eine der ältesten öffentlichen Sammlungen Deutschlands, kann als kulturelles Gedächtnis fungieren. Es vereint kunst-, kultur- und naturgeschichtliche Exponate aus Jahrtausenden von der Vor- und Frühgeschichte bis in die Gegenwart. Bei seiner Wiedereröffnung im Herbst letzten Jahres wurde das enzyklopädische Gründungsideal, das sich auch im Bau des Architekten *Alfred Messel* zeigt, bewahrt. Der Besucherin und dem Besucher erschließt sich eine Vielzahl von Ausstellungsstücken mit einer neuen Ausstellungsgestaltung, einem reichhaltigen Informationsangebot und abwechslungsreichen Inszenierungen der Objekte. Die Infrastruktur des HLMD bietet vielfältige Möglichkeiten vom Kurzbesuch bis zu Angeboten, die zum Beispiel im Rahmen einer Projektwoche zu mehrtägigen Projekten ausgebaut werden können.

Integrale Bestandteile von Projektarbeit als offener und problembasierter Lehr- und Lernform sind der Praxisbezug und das selbstständige Bearbeiten einer Aufgabe oder eines Problems durch eine Gruppe (Team) von der Planung über die Durchführung bis zur Präsentation des Ergebnisses.

Das Projekt „MuseumsGuides“ existiert seit 2011. Jugendliche finden sich schulübergreifend zur Bearbeitung von Museumsexponaten zusammen, um sich eigenverantwortlich auf eine Führung vorzubereiten. Das Projekt wird vom fächer- und schulformübergreifend aufgestellten Team Museumspädagogik Darmstadt konzipiert, koordiniert und begleitet, das aus den teilabgeordneten Lehrkräften *Lars Harres* (Naturgeschichte), *Margit Sachse* (Kulturgeschichte) und *Dr. Simone Twiehaus* (Kunst) besteht. Sie binden die Jugendlichen in ihre Lehrerfortbildungen und Multiplikatorenschulungen ein, betreuen die jeweiligen Fachgruppen und kooperieren bei der Weiterentwicklung der Gesamtkonzeption des Projekts.

Die beteiligten Jugendlichen sollen in größtmöglicher Eigenverantwortung handelnd lernen. Der gesamte Prozess von der anfänglichen Planung bis zur Führung, in der das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit präsentiert wird, liegt in der Hand der jeweiligen Teams. Dabei wird ein selbst gewähltes Exponat in Einzelarbeit, in der Fachgruppe und im Team vollständig bearbeitet. Am Ende steht die Führung, die von der Gruppe der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Das Konzept der MuseumsGuides zielt auf eine aktive Beteiligung der Lernenden. Die gemachten Erfahrungen steigern die „Selbstlernkompetenz“ und ermöglichen, das bereits in der Schule und anderswo Gelernte einzubeziehen. An zentraler Stelle steht die Förderung der Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit durch Teamarbeit im Rahmen des Projekts. Die Arbeit der Jugendlichen im Rahmen ihrer Ausbildung zu MuseumsGuides bietet Möglichkeiten, die über den eng getakteten Wissenserwerb in der Schule hinausgehen. Die Arbeit im Museum eröffnet Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulformen und Altersstufen Freiheitsgrade, die ein weitgehend selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Die Projekt- und Teamstrukturen geben hierbei den Rahmen für das individualisierte und kooperative Lernen vor.

Warum profitieren die MuseumsGuides von ihrer Ausbildung und Tätigkeit am HLMD?

1. Was ist hier anders als in der Schule?

Die meisten Schülerinnen und Schüler kombinieren in ihren Führungen Ausstellungsstücke aus verschiedenen Sammlungsbereichen. Sie kooperieren dabei nicht nur fächerübergreifend, sondern auch schul- und schulformübergreifend und blicken so „über den Tellerrand“ curricularer Vorgaben. Die inhaltliche Tiefe und methodische Herangehensweise der Präsentationen ist dabei individuell unterschiedlich und abhängig von den Adressaten. Die Auswahl und der Blick auf die Exponate ist jugendlich frisch und unverstellt.

2. Was könnten die Besucher wissen wollen?

Die MuseumsGuides schlüpfen im Rahmen ihrer Ausbildung und Tätigkeit in verschiedene Rollen. Sie sind entdeckend und forschend im Museum unterwegs, um sich „ihre“ Exponate auszusuchen. Sie recherchieren selbstständig und mit Unterstützung der Kuratoren und Museumswissenschaftler, um sich mit der Materie vertraut zu machen. Vorbereitend werden solche Expertenbefragungen thematisiert, analysiert und eingeübt. Dabei arbeiten die Jugendlichen mit der Methode der „100 Fragen“, um sich auf viele mögliche Fragen und Perspektiven bei der Wissensvermittlung vorzubereiten. Schließlich nehmen sie in ihren Teams die Rolle des Vermittlers ein (Lernen durch Lehren). Im Rahmen dieses Rollenwechsels werden Kompetenzen vermittelt, die im schulischen Kontext oft zu kurz kommen. Einige Guides berichten, dass ihnen diese Arbeit hilft, selbstbewusst(er) Vorträge oder Präsentationen in der Schule zu halten. Durch Beobachtergruppen erfolgt zudem eine stetige Rückmeldung (Feedback), die den Schülerinnen und Schülern hilft, ihre Sprache, ihre Gestik und die inhaltliche Durchdringung des Stoffes zu reflektieren und dem jeweiligen Rahmen anzupassen.

3. Wie entsteht eine spannende Führung?

Die Schülerinnen und Schüler erwerben neue oder verfeinern bestehende methodische Kompetenzen. Auf dem Weg zum „Produkt“ – ihrem Vermittlungsangebot – bestimmen sie über die Auswahl der Objekte, den roten Faden der Führung,

Verweildauer am Exponat, Anpassung an die jeweiligen Zuhörer (z. B. Senioren, Gleichaltrige oder Grundschulgruppen) und den Einsatz von weiteren Materialien oder Medien. Im Wechselspiel zwischen individualisiertem und kooperativem Lernen erleben sie diese neue Lernkultur am außerschulischen Lernort als zielführende Zusammenarbeit. Die Schülerinnen und Schüler im Multimedierteam lernen Zwischenschritte zu dokumentieren und schneiden kleinere Filmbeiträge. Sie können ihre Ergebnisse und tiefergehendere Informationen wie Bild- oder Tondokumente zu ausgewählten Museumsobjekten über die im HLMD eingeführten QR-Codes einpflegen. Dazu arbeiten wir mit dem Medienzentrum Darmstadt zusammen.

4. Bildungspartnerschaft von Schule und Museum

Die Arbeit am außerschulischen Lernort Museum lässt sich eng mit der Schule verzahnen. Außerschulische Kooperationspartner bereichern mit ihrem Welt- und Fachwissen den Wissenszugewinn der Schülerinnen und Schüler und bieten Einblick in ihre beruflichen Beschäftigungsfelder. Die Rückkopplung an die Schule geschieht, indem die im HLMD ausgebildeten Guides Führungen für ihre eigenen Klassen und Kurse oder andere schulische Lerngruppen anbieten. Im Sinne des forschenden Lernens können Arbeiten der Guides auch zu „Besonderen Lernleistungen“ ausgebaut und in das Abitur eingebracht werden.

Auch im Rahmen einer Projektwoche können Schülerinnen und Schüler in die Arbeit der MuseumsGuides eingeführt werden. Dabei leiten die erfahreneren Jugendlichen neue Interessentinnen und Interessenten an (Service-Learning). Sie werden somit zu Multiplikatoren für ihre eigene Altersgruppe. Es ist zudem schon mehrfach gelungen, die Guides in Lehrerfortbildungen am HLMD einzubinden und sie zu befähigen, das Erlernte motivierend an Mitschülerinnen und Mitschüler weiter zu geben und neue Jugendliche für die Gruppe zu werben.

Zusammengefasst setzen alle Projekte der MuseumsGuides dabei an, dass Jugendliche am besonderen außerschulischen Lernort HLMD „Service-Learning“, d. h. „Lernen durch Engagement“ oder „Lernen durch Lehren“ betreiben, was eine besondere Form des sozialen und forschenden Lernens ist. Sie dürfen – angeleitet durch das Team Museumspädagogik Darmstadt – einen Rollen- und Perspektivwechsel vornehmen und dabei selbst Teilverantwortung in team-, handlungs- und themenorientierten Projekten übernehmen. Horizontenerweiternd und motivierend ist auch die Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern im HLMD oder mit der Archivpädagogik im benachbarten Hessischen Staatsarchiv Darmstadt. Fachkompetenzen, Selbstwahrnehmung und Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler werden erweitert. Ohne Notendruck haben die „Jugendlichen Kulturvermittler“ die Chance, sich selbst in einer neuen Rolle zu erproben und an dieser Aufgabe zu wachsen. Die Arbeit als MuseumsGuide ist eine Anstiftung zum Lernen und eine Form der interaktiven Weitergabe selbst erarbeiteter Sach- und Fachkenntnisse. Schülerinnen und Schüler, die an dieser Form von Projekten im Museum teilnehmen, lernen eigene Fragestellungen zu entwickeln, einen individuellen Lernweg zu verfolgen und sich zugleich im Team im Hinblick auf ein überzeugendes Gesamtergebnis abzustimmen.

Das HLMD offeriert als Universalmuseum und Laboratorium kultureller und historisch-politischer Bildung ein Depot an Erfahrung und Wissen. Hier können Menschen spontane, subjektive, unvorhersehbare und oft unvergessliche



MuseumsGuide Lu Höflein, Schülerin der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule Ober-Ramstadt, präsentiert das Mastodon. (Foto: Simone Twiehaus)

Entdeckungen machen, über Dinge und über sich selbst. Indem Jugendliche eigene Fragestellungen entwickeln und individuellen Lernwegen folgen, lernen sie die reichhaltigen Bestände für sich und andere zu nutzen. Das Museum hat damit das große Potenzial, entdeckendes Lernen im Sinne von Projektarbeit zu fördern.

Lars Harres, Margit Sachse, Dr. Simone Twiehaus

E-Mail: team-museumspaedagogik@gmx.de

Weitere Informationen zum Projekt MuseumsGuides, zu Fortbildungen anlässlich aktueller Ausstellungen und einzelnen Sammlungsbereichen gibt es beim Team Museumspädagogik Darmstadt:

- *Naturwissenschaften:* Lars Harres (hars@lio-darmstadt.de)
- *Kulturgeschichte:* Margit Sachse (Margit.Sachse@luo-darmstadt.eu)
- *Kunst:* Dr. Simone Twiehaus (Simone.Twiehaus@kultus.hessen.de)

Außerdem informieren die Homepage des Staatlichen Schulamts (www.schulamt-darmstadt.hessen.de) und des HLMD (www.hlmd.de). Möglichkeiten zur Projektarbeit bieten auch das Schuldruckzentrum in der Außenstelle des HLMD (Matth.Heinrichs@web.de) und das Hessische Staatsarchiv Darmstadt (harald.hoefflein@stad.hessen.de). Auf den Internetseiten www.ads-weiterstadt.de und www.lesepunkte.de beschreiben die MuseumsGuides Jana Fritsch, Leon Pfefferle und Lucia Höfer das Projekt aus ihrer Sicht.



Aus der Geschichte lernen

Geschichte und Didaktik der Projektarbeit

Der Projektbegriff ist schillernd, wird häufig inflationär verwendet und meint nicht selten eine Unterrichtspraxis, die wenig bis gar nichts mit „denkender Erfahrung“ (John Dewey 1916) zu tun hat, sondern Handlungsorientierung als Selbstzweck begreift.

Die für die Projektarbeit entscheidenden Anstöße stammen aus der amerikanischen und deutschen Schulreformbewegung in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Die gemeinsame Verknüpfung von pädagogischen mit (gesellschafts-)politischen Überlegungen zeigt aber zugleich wichtige Unterschiede auf.

John Dewey, der Pionier der amerikanischen Szene, kritisierte die „traditionelle Schule“ vor allem wegen der fehlenden Vorbereitung auf die Herausforderungen des Lebens, der passiven Rolle der Schülerinnen und Schüler und des Zwangs zur Anpassung an Lehrpläne. Er forderte und praktizierte an der 1896 gegründeten Chicagoer Laborschule ein Erziehungskonzept des *learning by doing*, das an die Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern und den Herausforderungen ihrer sozialen Lebenswelt anknüpft. Um den Zusammenhang von Handeln und Denken für den Erkenntnisprozess zu akzentuieren, sollten „wirkliche Aufgaben“, das praktisch-konstruktive Tun im Mittelpunkt des Unterrichts stehen (Produktorientierung). Die Einbeziehung der Lebenswirklichkeit in schulische Praxis wurde gesellschaftspolitisch unterfüttert. William H. Kirkpatrick, ein Schüler Deweys, sah in der Schule die *embryonic society* einer zukünftigen sozialen Demokratie. Projektarbeit sollte Schülerinnen und Schülern durch die Öffnung der Schule für das Leben in einer sich wandelnden demokratischen Gesellschaft handlungsfähig machen. Ein solcher politisch-demokratischer Anspruch wurde damals wie heute häufig vom Projektbegriff abgelöst: Selbstständig Handelnde sind eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Demokratie.

Der historische Kontext, in dem Projektarbeit entstand, ist nicht unwichtig: Tiefgreifende Wandlungsprozesse im ausgehenden 19. Jahrhundert (Industrialisierung, Massenproduktion, Pauperismus, Arbeitslosigkeit, Verlust traditioneller Lebensmuster) erforderten eine Bildung für eine offene, nicht genau vorhersagbare gesellschaftliche Entwicklung. Eine erstaunliche Parallele findet man in 1980/1990er Jahren, als die Projektarbeit im Zeitalter der „Risikogesellschaft“ einen erneuten Schub erhielt.



John Dewey (1859–1952) gründete 1896 zusammen mit seiner Ehefrau Alice Dewey eine Versuchsschule in Chicago, die *laboratory school*, die wie später auch die Laborschule Bielefeld der Universität angeschlossen war. Das Lernen soll ganz und gar auf Erfahrung aufgebaut sein. Kinder lernen experimentierend in einer Lernumwelt aus Materialien, Werkstätten, Bibliothek und Schulgarten die Realität und sich selbst entdecken. (Bild und Text: wikicommons)

Diese (radikal-)demokratischen Wurzeln (1) sind in den Konzepten der deutschen Reform- und Arbeitsschulpädagogik von Georg Kerschensteiner und anderen kaum zu finden: „In ihnen kommen idealistisch-organologische Denkmuster zum Zug, die weniger von einer modern verfassten, demokratisch organisierten Gesellschaft als von einer vorindustriellen Gemeinschaftsideologie, z.B. der Volksgemeinschaft und der gewachsenen bündischen Kameradschaft ausgehen.“ (2)

Dies mag auch erklären, dass ein Pädagoge wie Peter Petersen, der immerhin 1935 für die Übersetzung von Schriften von Dewey und Kilpatrick sorgte, für die NS-Pädagogik mehr als anfällig war. Nur wenige aus dem linkssozialistischen politischen Lager stammende Pädagogen wie Fritz Karsen oder Adolf Reichwein begriffen Projektarbeit als Bestandteil einer auf Emanzipation der Arbeiterschaft ausgerichteten Perspektive.

Neuer Aufbruch und didaktische Profilierung

Schon die Anfänge des Projektgedankens zeigen, dass gesellschaftliche oder politische Umbruchsituationen Humus für seine Neuentdeckung bzw. Weiterentwicklung waren. Auch die Politisierungsprozesse, die „1968“ auslöste, führten im Kontext struktureller Reformen des Bildungswesens (Gesamtschule, Gesamthochschule) und neuer Erziehungsziele (Emanzipation) an Schulen und Hochschulen wieder zu einer breiteren Rezeption der Projektarbeit. Langfristige oder nachhaltige Veränderungen brachte dieser Schub (noch) nicht, was vor allem dadurch bedingt war, dass solche grundlegenden Reformen auf halbem Weg stecken blieben.

Auf schulischer Ebene etablierte sich eine Form von Projektarbeit, die in klassischer Weise zeigte, welche praktischen Folgen ihre unreflektierte Anwendung hervorzubringen vermochte: die Projektwochen. Gedacht als partielle Aufhebung der Fächer- und Zeitstruktur des Unterrichts waren sie mit der Hoffnung verbunden, selbst- und mitbestimmte Gestaltungsräume für Lernende und Lehrkräfte sowie für ein anregendes alternatives Schulleben zu ermöglichen. In der Realität verkommen die meisten Versuche doch eher zu Veranstaltungen, die die außerschulischen Hobbys der Beteiligten spiegelten oder die Klassenkasse füllen sollten – zumal dann, wenn sie ans Ende des Schuljahres gelegt wurden. Die Folge war eine Diskreditierung des Projektbegriffs und der Projektarbeit. Lehrkräfte, die ohnehin einer solchen Neuerung skeptisch gegenüber standen, sahen sich durch die Praxis der Projektwochen in ihrer Auffassung bestätigt, dass nur der herkömmliche Fachunterricht in der Lage sei, Schülerinnen und Schüler hinlänglich für Studium und Ausbildung zu qualifizieren.

Drei Entwicklungen schufen in den 1990er Jahren Voraussetzungen für eine breitere Verankerung von Projektarbeit:

- Innerhalb der Allgemeinen Didaktik und Pädagogik und zum Teil auch in einigen Fachdidaktiken setzte ein Theorieschub ein, der Projektarbeit auf höherem Niveau konsolidierte, ihre Grundlagen ausdifferenzierte und umfassende methodische Strukturierungen entwickelte. (3)

- Reformpädagogische Inseln der Schulentwicklung wie die Laborschule und das Oberstufenkolleg in Bielefeld, die Helene-Lange-Schule Wiesbaden oder die Glockseeschule Hannover integrierten Projektarbeit in ihr Schulprofil – mit zunehmender Breitenwirkung in die traditionelle Schullandschaft hinein.
- Außerschulische Akteure der Bildungspolitik, in erster Linie wirtschaftliche Interessenverbände, begriffen schulische Projektarbeit als sinnvolle Vorbereitung für betriebliche Ausbildungsprozesse, in denen Teamarbeit und Projektmanagement zunehmend zu Schlüsselqualifikationen für „moderne“ Produzenten und Konsumenten wurden.

Dass Projektarbeit heute einen deutlich höheren Stellenwert in Schulen einnimmt, lässt sich an ihrer Verankerung in Lehrplänen vieler Fächer ablesen, aber auch an der Verbindlichkeit von Projektprüfungen an Hauptschulen unter anderem in Hessen. Dies ist allerdings weniger als Erfolg einer pädagogischen Debatte mit politischem Anspruch zu begreifen, als einer sozialtechnologischen Instrumentalisierung geschuldet. Dabei steht sie ähnlich wie am Ende des 19. Jahrhunderts im Spannungsfeld von Emanzipation und Anpassung, von grundlegender Demokratisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens.

Didaktische Merkmale von Projektarbeit

Insofern macht es Sinn, sich über die didaktischen Grundlagen von Projektarbeit Klarheit zu verschaffen. Anders als im konventionellen Unterricht geht das Projekt nicht von einem zu lernenden Stoff aus, sondern von einer realen problemhaltigen Situation, die planmäßig und handlungsorientiert zu lösen ist. Die folgenden Merkmale können als wesentlich angesehen werden:

- **Gesellschaftsbezug:** Es werden relevante gesellschaftliche Fragen bearbeitet, was Hobbyaktivitäten ausschließt.
- **Lebenspraxisbezug:** Das Projekt knüpft an die Interessen und Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler an.
- **Selbstbestimmtes Lernen:** Die Mitbestimmung der Beteiligten bei Zielsetzung, Planung und Durchführung des Projekts bildet nach Bastian und Gudjons (1998, S.33) das Herzstück des Projektgedankens, weil hier der emanzipativ-demokratische Aspekt in besonderer Weise profiliert wird. Diese Mitbestimmung mündet in Selbstorganisation und Selbstverantwortung für Prozess und Ergebnis.
- **Ganzheitliches Lernen:** Projektarbeit verknüpft Lernen mit Kopf, Herz und Hand, wobei die „denkende Erfahrung“ als Reflexion des Tuns eine zentrale Rolle spielt.
- **Fächerübergreifendes Arbeiten:** Es erfolgt bei fachspezifischen Projekten zunächst eher implizit, explizit aber in den meisten Fällen in der Präsentation (Ausstellung, Inszenierung, Zeitung etc.).
- **Produktorientierung:** Ein wesentliches Merkmal der Projektarbeit ist ihr Gebrauchs- und Mitteilungswert für andere außerhalb der Projektgruppe, unabhängig davon, ob das Ergebnis der Projektarbeit „nur“ im Rahmen der Schulöffentlichkeit oder auch darüber hinaus vermittelt werden soll.

Es geht nicht darum, diese Merkmale in jedem einzelnen Fall in Gänze „abzuarbeiten“, insbesondere wenn sich Lehrende und Lernende zum ersten Mal auf diesem Feld bewegen, sie aber im Blick zu behalten.

Nicht selten wird der Einwand formuliert, die zwingende Verknüpfung von Gesellschaftsrelevanz und Lebenspraxis-



Die Theater-AG der Laborschule Bielefeld probt unter Leitung von Schulleiter Rainer Devantier für ein Straßentheater in der Fußgängerzone anlässlich des Jubiläums der Laborschule. (Foto: Bert Butzke)

bezug sei überhöht. Deshalb zum Schluss zwei Beispiele, die veranschaulichen können, wie ein solcher Anspruch unterrichtspraktisch „heruntergebrochen“ werden kann:

- Wenn Schülerinnen und Schüler im Produkt ihrer Projektarbeit die Radwegesituation im Einzugsgebiet ihrer Schule untersuchen und problematisieren, haben sie ihre Lebenswirklichkeit mit der realen kommunalpolitischen Situation verknüpft und mögliche Diskussionsanlässe in der Öffentlichkeit hergestellt.
- Wenn eine Projektgruppe im Geschichtsunterricht danach forscht, wie ihre Schule im Nationalsozialismus aussah, wird sie einerseits den eigenen Interessen nachgehen und zugleich erfahren, wie eine Ausstellung, eine Podiumsdiskussion oder eine andere Form der Präsentation von der Schulgemeinde, von einzelnen Zeitzeugen oder gar der Stadt und Gemeinde rezipiert wird, was von Zustimmung bis zu entschiedener Kritik reichen kann.

In beiden Fällen kann Projektarbeit in einen Prozess emanzipativen politischen Handelns münden. Und dies macht ihren eigentlichen Sinn aus.

Peter Adamski

- (1) Selbstverständlich findet man in der amerikanischen Didaktik auch technokratische Varianten.
- (2) Wolfgang Emer und Klaus-Dieter Lenzen: Projektunterricht gestalten – Schule verändern, Hohengehren 2002, S.14
- (3) Neben der Veröffentlichung von Emer und Lenzen (a.a.O.) sei auf die folgenden nach wie vor zentralen Publikationen verwiesen: Johannes Bastian und Herbert Gudjons (Hg.): Das Projektbuch II. Über die Projektwochen hinaus – Projektlernen im Fachunterricht, Hamburg, 3. Auflage 1998 (1. Auflage 1990); Karl Frey: Die Projektmethode. Der Weg zum bildenden Tun, 1. Auflage 1982; Dagmar Hänsel (Hg.): Handbuch Projektunterricht, Weinheim/Basel 1997



Arm durch Arbeit

Integrationskurslehrer: Jahrelang ohne Arbeitsvertrag!

Es ist endlich Konsens: Deutschland braucht mehr Zuwanderer. Diese sollen die deutsche Sprache beherrschen. Wie aber steht es um diejenigen, auf deren Schultern diese Aufgabe ruht, um die Deutschlehrer in Integrationskursen? Diese Lehrerinnen und Lehrer sind nach ihrem arbeitsrechtlichen Status gar keine. Sie sind fast ausschließlich Kursleiter ohne Festanstellung. Ob bei Volkshochschulen, der Caritas oder dem Goethe-Institut: Einen regulären Arbeitsvertrag hat fast niemand, nicht einmal einen befristeten. Stattdessen gibt es Honorarverträge über jeweils einige hundert Unterrichtsstunden, was wenigen Monaten entspricht. Ein Honorarvertrag folgt dem anderen, als „Kettenverträge“ über Jahre, manchmal über ein Jahrzehnt und mehr.

Seit zehn Jahren organisiert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das dem Innenministerium unterstellt ist, diese Kurse. Das BAMF entscheidet, wer eine Berechtigung zur Teilnahme bekommt, welche Lehrkräfte und welche Lehrwerke zugelassen werden, regelt den Zeitumfang, die Prüfungen und überweist pro Teilnehmer und Unterrichtsstunde 2,94 Euro an die jeweiligen Träger, zum Beispiel die Volkshochschulen.

Das Bundesamt unterhält eine Bewertungskommission, um die „hohe Qualität der Integrationskurse zu sichern“. Ob die Lehrkräfte von dem be-

willigten Geld angestellt werden oder jahrelang Kettenverträge als Scheinselbstständige bekommen, interessiert weder das Bundesamt noch das Innenministerium. Die Bewertungskommission hielt im Juni 2013 fest, dass „zwischen dem Bundesamt und den Integrationskurslehrkräften keinerlei vertragliche Vereinbarung sowie keinerlei Rechtsbeziehung besteht“.

Integrationskurse finden in drei Zeitfenstern statt, vormittags, nachmittags und abends. Sie müssen mindestens zwölf Wochenstunden umfassen, Standard für Tageskurse sind zwanzig Wochenstunden. Damit ist eine nebenberufliche Unterrichtstätigkeit für die Lehrkräfte kaum möglich. Dennoch gibt es am Jahresende für das Finanzamt eine Bescheinigung über „nebenberufliche Tätigkeit“ – trotz Vollzeitarbeit. Was sind die Folgen dieser Scheinselbstständigkeit? Deutschlehrer ohne Arbeitsvertrag, geschweige denn Tarifvertrag, haben keinen Anspruch auf Geld im Krankheitsfall. Sie schleppen sich krank zur Arbeit; mit Fieber, auf Krücken, mit Verbänden wie ein Seeräuber – zum Schrecken ihrer Schülerinnen und Schüler, die sich fragen: Bekomme ich eine Grammatiklektion oder einen Bazillus?

Junge Mütter und Väter haben keinen Anspruch auf Erziehungsgeld. Und auf alle wartet Altersarmut. Von ihren mageren Honoraren hätten sie den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeran-

teil für die Rentenversicherung abführen müssen. Dazu ist nicht jeder in der Lage. „Ich werde auch mit 67 Jahren noch weiterarbeiten müssen. An Rente ist gar nicht zu denken“, sagt eine enttäuschte Kollegin.

Und wie steht es mit der Mitbestimmung? Ebenfalls Fehlanzeige. Betriebsräte sind für Menschen ohne Arbeitspapiere nicht zuständig. Schutzbestimmungen am Arbeitsplatz greifen ebenfalls nicht. Die Folge: Viele Kollegen unterrichten an bestimmten Wochentagen regelmäßig bis zu vierzehn Unterrichtsstunden in drei Schichten. Sie machen es „freiwillig“ und sehen sich doch dazu gezwungen. Es ist der Ausgleich dafür, dass sie an anderen Tagen gar keinen Unterricht bekommen.

Von freier Gestaltung der Arbeitszeit kann keine Rede sein. „Wir sind Tagelöhner, wir müssen nehmen, was kommt“, fasst es eine Kollegin zusammen. Wem es nicht passt, kann die angebotenen Stunden jederzeit ablehnen und sich einreihen in das Heer der Hartz-IV-Empfänger. Eine Arbeitslosenversicherung gibt es nicht, Kündigungsschutz genauso wenig.

Im Fachjargon nennt man diese Art der Tätigkeit Scheinselbstständigkeit. Sie ist Straftatbestand und trotzdem Regel in den Integrationskursen. Die Politik kennt das Problem. Im September 2012 stellte die SPD-Fraktion im Bundestag als Opposition einen Antrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften in Integrationskursen. Darin wird die schwarz-gelbe Bundesregierung aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, „wie die Quote festangestellter Lehrer erhöht werden kann.“ Seit über einem Jahr ist die SPD inzwischen selbst Teil der Regierung. Auf das Konzept warten wir immer noch.

Aglaja Beyes, Wiesbaden

Die Verfasserin ist freiberufliche Journalistin, Autorin und Kursleiterin von Integrationskursen in Wiesbaden. Der Beitrag erschien zuerst am 10.2.2015 in der Internetzeitschrift MIGAZIN. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

Sprachunterricht und Ehrenamt

In armen Ländern verteilen Caritas und das Rote Kreuz Lebensmittel. Im armen Deutschland geben diese Organisationen Deutsch- und Alphabetisierungskurse. In beiden Fällen werden sie zu Hilfe gerufen, weil der Staat ausfällt. So spart der Staat Geld. Doch Bildung, die ausschließlich in den Händen von Freiwilligen ruht, hat nicht immer das gewünschte Niveau.

Nura hat es nach langem Warten endlich in einen Integrationskurs mit Alphabetisierung geschafft. Das Alphabet hat sie schon mal vorgeübt.

Und doch ist ihr der eigene Name ein einziges Rätsel: „En“ liest sie bei jedem „N“, das „Nu“ bleibt ihr verschlossen. „Das ist ein „n“, kein „en“, sagt die Lehrerin. „Ihr Name ist doch nicht En-u-er-a“. Die Lehrerin weiß um die fatalen Folgen der sogenannten Buchstabiermethode bei „echten“ Analphabeten, eine Methode, die schon 1872 in Preußen verboten wurde, weil sie Analphabetismus befördern kann. Motivierte, aber nicht ausgebildete Hilfslehrer wissen dies nicht.

Aglaja Beyes

Freihandelsabkommen stoppen

Protestveranstaltungen in Kassel und Darmstadt

Unter Beteiligung von Mitgliedern und Kreisverbänden der GEW fanden am 18. April in vielen hessischen Städten Info-Veranstaltungen und Kundgebungen gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP statt. Die HLZ berichtet aus Kassel und Frankfurt.

In Nordhessen bildete sich vor einem Jahr ein breites Bündnis aus Vertreterinnen und Vertretern von Parteien, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, der Evangelischen Landeskirche und attac, um den Protest gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA zu koordinieren. Der Vorstand des GEW-Bezirksverbands Nordhessen war von Anfang an dabei.

Am 18. April beteiligte sich das Bündnis mit einer Demonstration und Kundgebung am globalen Aktionstag „Gemeinwohl statt Konzerninteressen!“ An der Kundgebung und dem sich anschließenden Demonstrationzug beteiligten sich etwa 2.000 Menschen, darunter viele mit GEW-Fahnen. Die GEW Nordhessen hatte außerdem einen Informationsstand auf dem Kasseler Königsplatz eingerichtet. Viele Menschen informierten sich hier über die geheimnisvollen, hinter ver-



Fotos:
Klaus
Philipp

schlossenen Türen verhandelten Abkommen.

Bei der Kundgebung sprach unter anderem *Bernd Riexinger* (Die Linke) und warnte vor TTIP als „Freifahrschein für eine rücksichtslose Profitmaximierung“. Noch schlimmer als die legendären „Chlorhühnchen“ sei der drohende Abbau von Arbeitnehmerrechten. TTIP sei „ein Anschlag auf die Demokratie und muss verhindert werden“. Für die GEW stellte *Bernd Rothauge*, Vorsitzender der GEW Kassel-Stadt, die möglichen Auswirkungen auf Bildung, Fort- und Weiterbildung dar. Der Zugang zu Bildung dürfe jedoch nicht vom Geld abhängen. *Ruth Güttler* (Evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck) fokussierte die Auswirkungen für die Entwicklungsländer, deren Chancen auf dem Weltmarkt sich „noch weiter verschlechtern“ werden. Die mächtigen Handelskonzerne würden die kleinbäuerliche Landwirtschaft noch mehr unter Druck setzen.

Auch bei der Demonstration in Darmstadt mit rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren einige GEW-Fahnen zu sehen. An einer Station der Demonstration sprach GEW-Kollege *Klaus Philipp*, der auch Mitglied im Bundesverband Bildender Künstler ist. Er befasste sich mit den Gefahren von TTIP, CETA und TISA für Kultur und kulturelle Bildung. Die HLZ zitiert aus seiner Ansprache:

„*Liberalisierung und Privatisierung, das Aushebeln von Schutz- und Fördermaßnahmen und die Schwächung der öffentlichen Hand: Das ist der Kern der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Wir fordern, dass der Bereich Kultur grundsätzlich aus Verhandlungen über Freihandel herausgehalten wird. Wir beziehen uns hierbei auf die ‚Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt‘, die die UNESCO angesichts von Freihandelsverträgen beschlossen hat, um den Staaten eine eigenständige Kulturpolitik völkerrechtlich verbindlich zu garantieren. Einer der stärksten Gegner der Konvention sind die USA, die sie nicht unterzeichnet haben.*

Wir fordern die Sicherstellung, dass das deutsche Urheberrecht, das die Persönlichkeit und wirtschaftlichen Interessen des Autors schützt, nicht ersetzt wird durch ein an den USA orientiertes Copyright, welches die Interessen der Verwerter in den Mittelpunkt stellt.

Die Buchpreisbindung darf nicht Verkaufsstrategien von Internetkonzernen geopfert werden, wie dies Google bereits bei den e-books versucht. Sie schützt die Autorinnen und Autoren, Verlage und Buchhandlungen, die nicht allein auf den Massenmarkt setzen. Ebenso dient der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für kulturelle Güter wie Bücher und Kunstwerke der kulturellen Vielfalt. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf nicht in seinem Bestand gefährdet werden. Ebenso nötig bleibt die Förderung regionaler nichtkommerzieller Sender. (...)“



Klaus Philipp stellt das von ihm entworfene Plakat gern als Datei für weitere Veranstaltungen zur Verfügung: kl.philipp@gmx.de



Kollegiales Leitungshandeln

Gibt es ein demokratisches Führungsverständnis?

Zur Debatte um die zurzeit so beliebten Begrifflichkeiten von „Führung“ und „Folgschaft“, die – aufgrund der historischen Analogien – oftmals verschämt mit englischem Vokabular benutzt werden, scheint es mir sinnvoll, nicht nur den Demokratieaspekt anzusprechen, sondern die Funktion von Leitung in dem System Schule grundsätzlich zu reflektieren.

Egal wie schön man die verpackenden Begrifflichkeiten auch immer aussucht, es handelt sich um ein fremdbestimmtes hierarchisches System, das für alle Formen von „Führung“ und „Folgschaft“ im Sinne „freiwilliger“ Unterordnung keinen Platz hat.

Wenn man diese Rahmenbedingungen nicht zum Ausgang der Überlegung macht, sitzt man „Leadership“-Modellen auf, die zwar die Effektivierung von Führung anstreben, aber in keiner Weise demokratische oder partizipative Ansätze ermöglichen.

Schulleitung bedeutet für mich als Abteilungsleiter einer Beruflichen Schule die Sicherstellung der Organisation des bestehenden Systems unter den Bedingungen zumeist unzureichender Ressourcen. Die positive Seite eröffnet Möglichkeiten, Impulse für die Weiterentwicklung der eigenen Schulkultur unter den gegebenen Umständen zu geben.

Dabei liegt es in der Natur der Funktion eines Abteilungsleiters, dass er in mehrerer Hinsicht fremdbestimmt arbeiten muss:

- Grundlage allen Handelns sind Vorgaben auf der Erlass- und Verordnungsebene, die zwar für die einzelnen Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen verbindlich sind, deren Umsetzung ein Mitglied der Schulleitung jedoch gewährleisten muss.
- Die Gesamtverantwortung aller Entscheidungen für die Schulorganisation liegt beim Schulleiter, so dass hier klare Zuordnungen in der Orientierung gegeben sind. Im Idealfall decken sich die Überlegungen des Schulleiters mit denen eines Abteilungsleiters, anderenfalls setzt jedoch der Schulleiter die Richtlinien fest.

- Insbesondere die Begrenzung von Ressourcen in Bezug auf finanzielle Mittel, Personal oder Fachlichkeit setzt die Rahmenbedingungen für Leitungshandeln im System Schule. Das gesamte System der Übertragung des Kleinen und Großen Schulbudgets im Rahmen des Konzepts des Selbstständigen Beruflichen Schule (SBS) zielt darauf ab, die Verantwortung für den Umgang mit diesen unzureichenden Mitteln auf die Schulen zu übertragen.

Demokratie und Partizipation

Diese drei Ebenen sind die Grundlage für die Leitungsaufgabe, in der man nach Möglichkeit die einer Abteilung zugeordneten Kolleginnen und Kollegen in die gemeinsame Umsetzung einbindet. Dazu bedarf es m.E. eines kooperativen Führungsstils, der nicht so tut, als gäbe es diese Hierarchiestruktur nicht, sondern der – unter Berücksichtigung dieser Wirklichkeit – versucht, Freiräume und Entscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen, in denen die Kollegen ihre Arbeit organisieren können. Es ist eine völlige Verkennung, schlimmer noch, eine Verschleierung der realen Verhältnisse, wenn man meint, Verantwortung an die unteren Ebenen delegieren zu können mit der Maßgabe, dass diese mit unzureichenden Mitteln das Maximum an Leistung „freiwillig“ durch effizientere Eigenorganisation erbringen sollen. Es wäre jedoch ein Missverständnis, daraus abzuleiten, dass ein Abteilungsleiter alles vorzugeben habe.

In Großbetrieben wird nicht umsonst dem innerbetrieblichen Verbesserungswesen breiter Raum gegeben, weil man verstanden hat, dass die Beschäftigten – wenn sie sich mit ihrer Aufgabe identifizieren – die effektivsten Vorschläge zur Intensivierung der Arbeit machen können. Dass damit jedoch in der Regel nicht nur eine Erleichterung der Arbeit, sondern eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und ein höherer Output angestrebt werden, ist die Kehrseite der Verbesserungsvorschläge.

Und im eigentlichen Sinne zielen alle Bestrebungen einer „neuen Füh-

rungskultur“ in den Schulen in die gleiche Richtung, wenngleich der Output weniger messbar ist. Vor Jahren wurde bei der Mittelzuweisung erklärt, nun werde ein Wechsel von der „Input-Finanzierung“ zur „Output-Steuerung“ vorgenommen – dummerweise weiß bis heute niemand so recht, was denn eigentlich das Output sein soll. Zweitens geht es darum, wie *Robert Erlinghagen* in der HLZ 5/2015 offen, aber unhinterfragt bestätigt, dass Kollegen auch an der Umsetzung von Vorgaben aktiv mitwirken sollen, denen sie nicht zugestimmt haben – ob sie nun über Gesamtkonferenzen oder per Verordnung entstanden sind. Diese neue „Philosophie“ von „Leadership“ zielt also darauf ab, Widerstände oder ein Unterlaufen von Vorgaben durch „freiwillige Einordnung“ zu verhindern. Das ist im Sinne des Dienstherren sicherlich ideal, hat aber mit emanzipatorischen Gedanken, mit Selbstbestimmung oder gar partizipativen Arbeits- und Leitungsformen rein gar nichts zu tun.

Meine Erfahrungen besagen, dass nur die Aufgaben und Ziele mit einem zufriedenstellenden Ergebnis verwirklicht werden können, die mit den Kollegen hinreichend diskutiert wurden, wobei man gemeinsam den für alle zu erwartenden Nutzen erkannt und als sinnvoll erachtet hat. Alle anderen Vorgaben werden natürlich auch wie alle Verordnungen und Vorgaben umgesetzt, sind aber im Ergebnis weit weniger effizient im Sinne der angestrebten Ziele.

Rezepte oder das Vorbild der Westpoint-Akademie der US-Streitkräfte oder anderer antidemokratischer Systeme, deren Ziele weder humanistisch noch gesellschaftlich positiv zu verstehen sind, können kein Modell für die Organisationsstruktur der Schule liefern. Die Erkenntnis, dass wir unter hierarchischen Strukturen arbeiten, darf nicht darauf hinauslaufen, dass wir solche antidemokratischen Implikationen auch in unserem kollegialen Leitungshandeln verinnerlichen.

Dr. Ulrich Schneider

Der Autor ist Abteilungsleiter an den Beruflichen Schulen Bebra.

Betr.: HLZ 4/2015
Frankfurter ADHS-Studie

Therapieplätze Mangelware

In der HLZ 4/2015 fand ich einen Artikel über die Frankfurter ADHS-Studie. Ich denke auch, dass die psychoanalytische Therapie eine wirksame Behandlungsmöglichkeit sein kann. Nur leider findet man viel zu wenig Therapeuten. Und wenn man einen gefunden hat, hat man eine ewig lange Wartezeit, die die Geduld sehr auf die Probe stellt.

Gabi Demmerle, Bad Dürkheim

Betr.: HLZ 4/2015
lea-Reise nach Palästina

Betroffenheitstourismus

Ich bin enttäuscht, dass das Bildungswerk *lea* der Gewerkschaft, für die ich als Vertrauensmann tätig bin, die Organisation einer Reise unterstützt, die darauf abzielt, die Vertreibung von Teilen der palästinensischen Bevölkerung aus Israel sowie die aktuellen jüdischen Siedlungen im Westjordanland als das hauptsächliche Hindernis für einen Frieden zwischen Israel und Palästinensern erscheinen zu lassen. In dem Interview mit Reiseteilnehmern wird deutlich, dass man auf dieser Reise gar nicht oder nur beiläufig darüber informiert wird, dass

- a) die religiös-politische Führung der muslimischen Bevölkerung Palästinas mit den nationalsozialistischen Machthabern Deutschlands zusammenarbeitete,
- b) der Vertreibung und Flucht großer Teile der palästinensischen Bevölkerung ein arabischer Angriffskrieg auf den gerade gegründeten Staat Israel vorausging, nachdem der Teilungsplan der UN von arabischer und palästinensischer Seite abgelehnt worden war,
- c) rund 20 Prozent der israelischen Bevölkerung palästinensischer Herkunft sind und in Israel das aktive und passive Wahlrecht besitzen,
- d) die vollständige Räumung aller jüdischen Siedlungen im Gazastreifen durch die israelische Armee im Jahr 2005 einen jahrelangen Raketenbeschuss südisraelischer Orte aus dem nunmehr von der Hamas kontrollierten Gebiet zur Folge hatte und
- e) die Hamas beabsichtigt, auf israelischem und palästinensischem Gebiet einen islamischen Staat zu errichten und mit diesem Programm bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat 2006 44% der Stimmen erhielt.

Mit ihrer einseitigen Schuldzuweisung beteiligen sich die interviewten Reiseteilnehmer an der antizionistischen Kampagne einer dem palästinensischen Opfermythos verfallenen Linken. (...) Der Gipfel der Naivität oder des Zynismus ist erreicht, wenn die Reiseteilnehmer sich verwundert darüber zeigen, dass sie von der palästinensischen Bevölkerung so „ungemein freundlich“ empfangen und ihre Fragen „mit Geduld, großer Offenheit und Herzlichkeit“ beantwortet wurden.

Ich appelliere an die Verantwortlichen in der GEW, diese Reise und andere Reisen nach Israel oder Palästina nicht zu unterstützen. Sowohl der pro-palästinensische als auch der pro-israelische Betroffenheitstourismus dienen ausschließlich der emotionalen Befriedigung der Teilnehmer. (...)

Jan Engbers, Darmstadt

Betr.: HLZ 4/2015
Gender Correctness

Zurück zu guten alten Zeiten

Lieber Kollege Scheefer, ergänzend zu deinem Artikel „Gender Correctness“ in der HLZ 4/2015 schlagen wir vor, doch lieber wieder in die guten alten Zeiten zurückzukehren, in der die Männer- und Frauenwelt der GEW noch in Ordnung war. Und sprechen wir wieder von „dem Schulleiter“, „dem Schüler“, „dem Lehrer“ und „dem Studenten“. Schließlich hat uns doch das alles die Frauenbewegung der 1970er Jahre eingebrockt, auch die geschlechtergerechte Sprache! (...) Was dabei herauskommt, sieht man in diesen unsäglichen Versuchen eines diskriminierungsfreien Sprachgebrauchs! Wie wäre es mit einem Antrag an die GEW, sofort mit dem Verhutzen der Sprache aufzuhören: „Weg mit der ‚Gender Correctness‘, mit der gendergerechten Sprache, mit den Gender-Puristinnen, den Sprachdrechslerinnen und -drechslern, weg mit den SuSen und den Lehrkräften“. Und bitte sehr auch keine GEW-Veranstaltungen mehr mit Titeln wie „Fachtagung zu leistungsgerechter Bezahlung so genannter Frauenberufe“. Vor allem, lieber Kollege Scheefer: Mach dir bloß keine Gedanken um uns, egal, wie wenig wir immer noch in der Öffentlichkeit, in führenden Positionen, in der Politik vertreten sind. Wir sind es schlicht und einfach gewohnt, auch sprachlich unsichtbar zu sein. Alles klar?

Sigrid Rohleder, Katja Plazikowsky
 Wiesbaden

Betr.: HLZ 5/2015
Führen und Folgen

Alle in einem Boot?

Robert Erlinghagen sieht sich und sein Konzept „Führen und Folgen“ von Klaus Armbruster missverstanden. Führung sei „eher eine gemeinsame Aufgabe, zu deren Gelingen alle Organisationsmitglieder in unterschiedlichen Rollen gemeinsam beitragen“. Die Position des Führens und Folgens könne „aufgabenbezogen durchaus wechseln“; sie sei „gerade nicht hierarchisch festgelegt“. So könnten Lehrkräfte in Steuergruppen auch einmal „Führungsverantwortung übernehmen, während Schulleitungsmitglieder hier in die zweite Reihe zurücktreten“.

Hier wird eine der zentralen Strategien Erlinghagens deutlich: Unterschiede zu benennen und zugleich durch den Kontext zu verwischen. Die Leitung einer Arbeitsgruppe (Seit wann braucht man hier das Wort Führung?) wird der „Führung“ durch eine Schulleitung gleichgesetzt. Machtverhältnisse, Unterordnungsverhältnisse verschwinden hinter abstrakten „gemeinsamen Aufgaben“ oder den „Kooperationsnotwendigkeiten“. Anything goes? Von wegen. Es ist, mit BWL-Jargon aufgemotzt, das sprichwörtlich selbe Boot, in dem wir alle „gemeinsam“ sitzen! Das Reden vom „Wohl des Ganzen“, von der „Verantwortung für das Ganze“ ignoriert, dass dieses „Ganze“ von oben und in einem hierarchischen Feld definiert wird und diese Definition von unten nicht mehr in Frage gestellt werden darf. (...)

Worum es Erlinghagen geht, zeigt seine Vorliebe für den Begriff „Mitarbeiter“, während er den Begriff „Kollege“ trotz seiner Bekenntnisse zu einer angeblichen „Gleichwertigkeit“ zwischen Führenden und Folgenden ablehnt: Ein „Mitarbeiter“ ist nämlich der, der diese Definitionsmacht und ihre Vorgaben nicht in Frage stellt und Kritik nur noch in ihrer Schwundstufe als „konstruktive“ kennt, die sich allein Gedanken darüber gestattet, wie undiskutiert hingenommene Vorgaben am besten umgesetzt werden können. Während der Begriff des Kollegen zumindest noch die Möglichkeit solidarischen Handelns und des auf Expertenwissen und -stolz gegründeten Eigensinns und Einspruchs enthält, bringt es der Mitarbeiter allenfalls zur „bedarfsgerechten Aufsässigkeit“ (Gremliza), der Anstelligkeit 4.0.

Hans Otto Röber, Guxhagen



Durch die „Odenwälder Hölle“

Auf dem Alemannenweg durch den Vorderen Odenwald

Thomas Adamczak, Ausbilder am Studienseminar in Wiesbaden im Ruhestand, wandert gern, denn hier fühlt er sich als „Herr seines Denkens“: „Hier widerspricht mir niemand, nur ich kann mir widersprechen.“ Schon früher lud er die Leserinnen und Le-

ser der HLZ ein, ihn auf dem Nibelungen-Weg (HLZ 7-8/2012) oder durch das Erzgebirge nach Thüringen (HLZ 12/2013) zu begleiten. In dieser Ausgabe beschreibt er seine Eindrücke und Gedanken auf dem Alemannenweg durch den Vorderen Odenwald.

Odenwald. Wald, nur Wald? Von wegen! Wald schon, Wald in Hülle und Fülle, Laubwald und Nadelwald in gefälligem Wechsel, aber nicht ausschließlich, sondern Wiesen, Weiden, Felder, also Wald und Flur, was das Wandern auf dem vom Deutschen Wanderverband als Qualitätswanderweg ausgezeichneten Alemannenweg abwechslungsreich macht. 140 Kilometer, rund 4.300 Höhenmeter, Start und Ziel in Michelstadt, aber auch an jedem anderen Ort auf der siebentägigen Wanderung. Ich starte in Zwingenberg.

Typisch Mittelgebirge geht es auf und ab, aber die Anstiege sind dann nicht beschwerlich, wenn man dem Grundsatz „Wer langsam geht, geht länger“ folgt. Beim Bergaufgehen den Schritt etwas verlangsamen, auf den Atem achten, ein wenig, wenn es sein muss noch etwas mehr das Tempo drosseln. Ausblicke und Aussichten versöhnen für steile Passagen: Geht doch!

Das Erleben der Natur des Vorderen Odenwaldes ist das eine, die Vielfalt der Schlösser, Burgen, Ruinen das Pendant. Dazu noch einige hübsche Dorfkirchen, alte Kapellen, Bildstöcke, Grenzsteine. Werner Bergengruen, der den Odenwald in „Das Buch Rodenstein“ preist, ist „angerührt von der Na-

tur und der Geschichte als den beiden großen Erscheinungsformen des organischen Lebens“. Recht hat er. Die Kulturdenkmäler, die dem Wanderer auf dem Alemannenweg begegnen, sind in wünschenswerter Ausführlichkeit von dem Odenwaldkenner Rainer Türk in dem informativen Bändchen „Auf dem Alemannenweg“ beschrieben: die Einhardsbasilika und der historische Marktplatz in Michelstadt, Burg Reichenberg, Ruine Rodenstein, das Fürstenlager bei Auerbach, Auerbacher und Alsbacher Schloss, Burgruine Tannenberg, Burg Frankenstein, Schloss Lichtenberg oder Veste Otzberg.

Galgen für „kleinere Vergehen“

Am Waldrand stoße ich auf die Schutzhütte „Am Galgen“, die im Jahre 1995 vom Verkehrs- und Verschönerungsverein Ober-Kainsbach errichtet wurde. Ein paar blökende Schafe bilden den Kontrapunkt zu dem, was ich auf den Infotafeln erfahre. An diesem idyllischen Örtchen stand über Jahrhunderte ein Galgen, der das Leben von wer weiß wie vielen Odenwäldern beendete, nach unter Folter erzwungenem Geständnis. Oft für „kleinere Vergehen“. Darüber wüsste ich gern mehr. Aber das, was mich interessiert, steht meistens nicht auf diesen Tafeln. Tod am Galgen wegen „kleinerer Vergehen“? Welche zum Beispiel?

1623 brach der Galgen zusammen und wurde flugs, das sagen die Quellen, durch einen neuen ersetzt. Der neue Galgen kostete 14 Gulden. Für das Richtfest wurden 99 Gulden und 7 Albus (Weißpfennige) ausgegeben. Ein Fest oder gar ein Gelage mit üppiger Fresserei und Besäufnis zum Lob des schönen, neuen Galgens? Tod am Galgen wurde gewiss als gerechtfertigt angesehen. Die „Täter“ hatten ja gestanden. Folter gehörte dazu...

Von 1743 bis 1806 stand hier anstelle des Holzgerüstgalgens ein „drei-

schläfriger Steinsäulengalgen“. Dann wurde das „Blut- und Malefizgericht“ abgeschafft. Neben den Tafeln zur Geschichte des Galgens hängt eine über „Einheimische Singvögel“.

In der Nähe von Nonrod komme ich an einer Bank mit folgendem Schild vorbei: „LIEBE – MENSCHLICHKEIT – MITGEFÜHL“. Und unmittelbar darunter: „Erinnert euch!“ Mir fällt als erstes der Galgen ein, dann die Zerstörungen des Weltkriegs. Der Zivilisationsbruch. Das halbe Land zerdeppert. Und hier, im Himmel und in der Hölle des Odenwalds Sorgfalt und Pflege zur Bewahrung von Natur und all den Kulturdenkmälern.

Tiere am Wegesrand

Einen kleinen Rucksack habe ich dabei, das Notwendigste. Das übrige Gepäck wird von Gasthaus zu Gasthaus transportiert. Organisiert von *Odenwald Tourismus GmbH*. Jeden Morgen warte ich beim Frühstück gespannt, ob ich mir die Brotzeit für die Tageswanderung selbst zusammenstellen soll oder ein fertiges Lunchpaket in die Hand gedrückt bekomme.

Allerlei Tiere begegnen mir auf meiner Wanderung. Zum Beispiel Schafe, die auf einer Weide herumstehen. Ich habe mich bemüht, sie ohne Vorurteil zu betrachten. Es gelingt mir nicht: Schafe können offensichtlich einfach nicht so gucken, dass man den Eindruck hätte, die wüssten Bescheid oder hätten, bescheidener formuliert, von irgendetwas eine Ahnung. Die glotzen lethargisch aus ihrer pelzigen Wäsche. Immerhin die kleinen Lämmer, erzählt mir der Wirt der „Kuralpe“, tollen vor lauter Lebenslust herum wie junge Katzen. Ziegen wirken im Vergleich zu Schafen selbstbewusst, fast stolz. Motto: Mir könnt ihr nichts anhaben.

Und die Kühe? Die auf der Weide sind keineswegs in Halbtrauer, wie ich es erwartet hatte. Das mag im Norden anders sein. Arno Schmidt hat „Kühe in

Gemeinsam für Afrika

Mit einem umfangreichen Bildungsangebot rund um das Thema „Menschenrechte“ startete im April die Schulaktion „Human Rights! Für alle. Immer. Überall.“ Das Bündnis von über 20 Hilfsorganisationen ruft Kinder und Jugendliche dazu auf, sich mit der Menschenrechtssituation bei uns, in Afrika und weltweit auseinanderzusetzen. Mit eigenen Projekten und Aktionen zum Thema sind Schulen eingeladen, bis zum 20. Juli 2015 an dem bundesweiten Wettbewerb teilzunehmen.

• *Informationen und Anmeldung:* www.gemeinsam-fuer-afrika.de/schulkampagne/wettbewerb.

Halbtrauer“ bei *Tucholsky* abgeschrieben, entdeckte ich kürzlich. Erstaunlich! Dagegen der Blick durch das offen gelassene Tor in den Stall: Eingepfercht eine Kuh neben der anderen, ein Bild unendlicher Traurigkeit. Halbwegs frei die auf der Weide, die anderen eingesperrt, gelangweilt das vor sie hin geschüttete Heu mampfend. Werde nicht so schnell wieder Kalbsbraten bestellen, nehme ich mir vor.

Einem Rotfuchs begegne ich nicht, lese aber bei der Fuchshütte, dass die durch den Fuchs übertragene Tollwut im 19. Jahrhundert die Viehbestände drastisch reduzierte. Auf der Tafel, die darüber informiert, wird der Fuchs aus „Der kleine Prinz“ zitiert: „Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.“ Das, was ich sehe, genügt mir, murmele ich trotzig, um mir nicht gar so unbedeutend vorzukommen.

Herumliegende Geschichten

Anschauliche Tafeln des Geo-Naturparks Bergstraße-Odenwald informieren über „Hohlwege im Löss“ und die biologischen Schätze der Lösswände im Odenwald: Ruheplatz für Schmetterlinge, Überwinterungsraum für Wanzen, Käfer, Spinnen, Bienen, „Heizraum“ für Heuschrecken, Fliegen, Eidechsen, Brutstätte für Bienen, Wespen. Bis dahin hatte ich keinen blassen Dunst, wie viele Bienenarten es gibt: *Fruchtbienen*, *Gemeine Sandbienen*, *Blauschildernde Sandbienen*, *Mörtelbienen* und *Vierfleck-Pelzbienen*. Abbildungen zur Flora (*Goldastern*, *Spanische Flagge*, *Gelber Zahntrost*, *Blut- und Storchschnabel*) und Fauna (*Großer Rosenkäfer*, *Laubholzsäbelschnecke*) regen die Phantasie an. Säbelschnecken? Mit dem Verantwortlichen für diese Bezeichnung würde ich gern ein Interview führen. „Sehen Sie nicht den Säbel?“ Ich seh' nix, was wie ein Säbel aussieht. „Ja aber, gucken Sie doch...“

Ein Gespräch ist eine andere Art von Unterbrechung, als wenn ich mir selbst ins Wort falle. Ich treffe auf drei ältere Wanderer, die sich mühen – sie betrachten eifrig Kartenmaterial – den Weg zu einem „Jugendlager“ zu finden. Ich muss schmunzeln. Wollen die in einem Jugendlager übernachten? Neuer Trend? Reaktion auf fehlenden Nachwuchs in den Wandervereinen? Ach so, das „Lager“ liegt auf ihrem Weg. Dreiergruppe. Gespräche zu dritt. Drei Stimmen, das bedeutet ständige Unterbrechungen! Also zuhören, sonst klappt's

nicht mit der Verständigung. Ob allein zu wandern nicht langweilig sei, meint der eine. Ich: „Sagen Sie das nicht, da passiert allerhand im Kopf, man muss nur ein bisschen die Ohren spitzen, damit man's mitbekommt.“ Die beiden anderen nicken. Einer war unterwegs auf dem Jakobsweg.

Die Geschichten passieren beim Wandern. Eigene Geschichten, Geschichten von Leuten, die man zu hören bekommt, wenn man sich Zeit nimmt. Jogger und Biker getraue ich mich nicht anzusprechen, die haben's zu eilig. Zu zweit laufende Jogger unterhalten sich ausgesprochen angeregt. Ich staune, dass und wie das geht. Gespräch im Dauerlauf! Passt irgendwie in diese Zeit. Ob solche Gespräche sich unterscheiden von denen im Gehen, Stehen, Sitzen? Ausprobieren! Ein Biker bereitet mich durch leichtes Hüsteln darauf vor, dass er mich gleich überholen wird, verzichtet lobenswerter Weise darauf, sich klingelnd bemerkbar zu machen. Und dann grüßt er auch noch, vorbeifahrend, freundlich. Ich rufe ihm hinterher: „Moin, moin!“ Er stoppt, wartet auf mich. Ob ich aus Hamburg sei. Telegrammgespräch, bei dem ich bis auf ein paar Impulse zuhöre. Er ist in Eile. Biker haben es meist eilig. Schnellschnell.

In Nonrod frage ich am Ortsrand nach dem Weg zum Gasthaus Rodenstein. Übernachtung mit Frühstück oder Halbpension sind erstaunlich günstig, das Essen ist einfach, aber prima schmackhaft. Noch aber suche ich den Weg dahin, habe einen Mann gefragt. Er ist Holländer, wie sich aufgrund des Akzents unschwer feststellen lässt. Seit 20 Jahren lebt er im Ort. Ob er mit den Deutschen zurechtkomme? Ja, schon, weitgehend, nur auf der Baustelle, er arbeitet auf dem Bau, seien einige ungenau. Die alte deutsche Schwäche. Hinter seinem Haus liegt einiges Gerümpel herum. Ach so, denke ich mir, das meint er mit Lässigkeit, Lockerheit, die seinen Arbeitskollegen gelegentlich fehlten. Ich erinnere mich an die Bilderbuchhäuser in den Niederlanden. Liegt da Gerümpel herum? Guck an, denke ich. Will ich mich etwa für seine kritische Äußerung revanchieren?

Ein älterer Herr, Rentner seit zehn Jahren, Bauingenieur war er, zeigt mir sein direkt am Wanderweg gelegenes Grundstück. Hat er vor 40 Jahren gekauft. 4.000 Quadratmeter, kleiner Teich, Hütte, Bank davor. Ein idyllisches Plätzchen. Ich soll auf der Bank Platz nehmen. Er erzählt mir die Sta-



Das rote „A“ ist das Wegzeichen für den Qualitätswanderweg Alemannenweg im Odenwald. (Foto: Odenwald Tourismus GmbH, Creative Commons 3.0)

tionen seines Lebens, will mich gar nicht weiter gehen lassen, so gern blickt er erzählend auf sein Leben zurück. Dafür braucht's den Zuhörer, mich diesmal. Die Abenddämmerung genieße er besonders gern, sitze manchmal auf dem nahe gelegenen Hochsitz. Tiere beobachten. Er ist kein Jäger. Er zeigt mir, einigermaßen stolz, Vogeleier. Die hat er aus Vogelnestern „geklaut“. Ich vergesse die Stirn zu runzeln.

„Sei du die Veränderung...“

Am Ende meiner Wanderung das monumentale Ehrenmal des Odenwaldklubs „Unseren Gefallenen und Verstorbenen“. Über der Inschrift goldfarbendes Eichenlaub. Ein paar hundert Meter weiter bei Bensheim-Hochstädten das in seiner Gestaltung und wegen der großartigen Weitsicht beeindruckende „Friedensmal“. Neben anderen Anregungen notiere ich ein Gandhi-Zitat: „Sei du die Veränderung, die du in der Welt sehen möchtest.“ Kein unpassender Schlusspunkt meiner Wanderung auf dem Alemannenweg, und, nebenhin bemerkt, auch sonst nicht.

Die „Hölle Odenwald“, an die sich eine Redakteurin der FAZ erinnert, habe ich nicht gefunden. Doch: In Michelstadt sah ich einige junge Leute mit T-Shirts mit diesem Aufdruck, wohl ohne damit, so mein Eindruck, der FAZ-Redakteurin und ihren Erinnerungen an die Kindheit und Jugend im Odenwald Recht geben zu wollen.

Thomas Adamczak

Trude Simonsohn

Erinnerungen einer Auschwitz-Überlebenden

Trude Simonsohn wurde 1921 in Olomouc in der Tschechoslowakei geboren, wo es damals eine größere jüdische Gemeinde gab. Im Herbst 1938 endete ihre unbeschwernte Jugend mit einem Schock. Einige Wochen nach dem Münchner Abkommen hielt eine Mitschülerin im deutschsprachigen Gymnasium einen Vortrag, der nur so von antisemitischen Anwürfen strotzte, die dem Nazi-Hetzblatt „Der Stürmer“ entnommen waren. Alle in der Klasse applaudierten – alle außer Trude. Dies war Trudes erste Konfrontation mit dem Antisemitismus der Nazis.

Nach dem 15. März 1939, dem Tag des Einmarsches der Nazi-Wehrmacht in der Tschechoslowakei, hat sie kein Deutscher mehr auf der Straße gekannt. Als am 1. September 1939 deutsche Truppen Polen überfielen, wurde ihr Vater festgenommen und nach Buchenwald verschleppt.

Nach dem Attentat auf den Nazi-Statthalter Heydrich am 27. Mai 1942 überzogen die Nazis das Land mit einer Terrorwelle. Das Dorf Lidice wurde dem Erdboden gleichgemacht. Die Männer wurden sofort erschossen, die Frauen und Kinder verschleppt. Als Kommunistin verdächtigt, kam Trude ins Gefängnis. Dort wo sich das Standgericht befand, ließ man sie stundenlang mit dem Gesicht zur Wand stehen. Sechs Monate war sie im Gefängnis von Olomouc. Dort erfuhr sie vom Tod ihres Vaters im KZ Dachau. Ein Maurer, der gegenüber ihrer Zelle eine Wohnung renovierte, sprach der verzweifelten Trude täglich durch das Fenster Mut zu und stellte Kontakt zur Außenwelt her. Ermutigung bekam sie auch von einer jungen Roma, die kurzfristig in ihrer Zelle war. Schließlich wurde Trude nach Theresienstadt verlegt. Dorthin war inzwischen auch ihre Mutter deportiert worden. Hier kümmerte sich Trude vor allem um die Kinder. Hier lernte sie auch ihren späteren Mann *Berthold Simonsohn* kennen, der in Deutschland im politischen Widerstand gegen die Nazis aktiv gewesen war. Trude Simonsohn berichtet in ihrem Buch ausführlich über die Bildungs- und Kulturarbeit, die in Theresienstadt trotz des

Nazi-Terrors geleistet wurde. So wurde dort die Kinderoper *Brundibár* viele Male aufgeführt.

Zuerst wurde Trudes Mutter nach Auschwitz deportiert, später traf Trude und Berthold dasselbe Schicksal:

„Nach einer Stunde in Auschwitz habe ich genau gewusst, wo ich bin: in der Hölle.“

An das, was sie weiter in Auschwitz erleben musste, kann sie sich nicht mehr erinnern: „Auch eine Seele kann ohnmächtig werden“, schreibt sie. Von Auschwitz kam sie in das Lager Kurzbach, ein Außenlager des KZ Groß-Rosen. Von dort konnte sie mit einigen anderen Anfang 1945 fliehen, wird dann aber nochmals verhaftet. Am 9. Mai 1945 kamen zwei sowjetische Soldaten und sagten: „Der Krieg ist zu Ende. Ihr seid frei.“ Auch Berthold hatte überlebt. Trude Simonsohns Verwandte wurden alle ermordet.

Sagt rechtzeitig und laut: „Nein“

Seit 1950 lebt Trude Simonsohn in Deutschland, seit Mitte der Fünfzigerjahre in Frankfurt am Main. Auch dort war sie wieder mit Antisemitismus konfrontiert. Sie schreibt über die heftige Auseinandersetzung in Frankfurt über das Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“, welches das judenfeindliche Klischee des „reichen Juden“ als Hauptperson auf die Bühne stellte. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde hatten die Bühne besetzt und dem Intendanten vorgehalten: „Sie treten die Gefühle der Überlebenden mit Füßen.“ Der Satz „Die Schonzeit ist vorbei“ hat Trude Simonsohn ganz besonders erschreckt.

Seit 1978 erzählt Trude Simonsohn in Schulen, Universitäten sowie bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen über ihr Schicksal als Überlebende, auch bei Veranstaltungen des Bildungswerks *lea* der GEW Hessen. Oft kam der Einwand: „Es ist ja alles schrecklich, was Ihnen passiert ist, Frau Simonsohn. Aber man konnte ja nichts dagegen machen.“

Daraufhin bat sie ihre Freundin, die Widerstandskämpferin *Irmgard Heydorn*, sie bei Schulbesuchen zu begleiten – mit zwiespältigen Erfahrungen:



Trude Simonsohn bei einer *lea*-Veranstaltung im Gespräch mit Frankfurter Schülerinnen und Schülern (Foto: *lea*)

„Immer, wenn ich in den Schulklassen dabei war, haben die Kinder Irmgard Heydorn interessiert zugehört. Als sie dann zum ersten Mal allein als Zeitzeugin gesprochen hat, hat sie davon berichtet, dass ihr Mann desertiert ist. ‚Sie sind ja beide Vaterlandsverräter, Sie und Ihr Mann‘, haben die Kinder ihr wütend vorgehalten.“

Trude Simonsohn sieht eine Ursache dafür in dem ablehnenden und verunglimpfenden Umgang mit dem Widerstand gegen die Nazis in der deutschen Nachkriegsgeschichte:

„Die Mehrheit der Deutschen hat nach dem Krieg nicht zugeben können, dass nicht die Widerständler falsch gehandelt haben, sondern sie selbst. Sie haben sich selbst etwas vorgelogen – und ihren Kindern und Enkeln auch. Das werde ich nie akzeptieren.“

Trude Simonsohn hält die Aussage, „dass man gar nichts tun konnte“, für grundfalsch:

„Mehr Leute hätten etwas dagegen tun müssen, dann wäre kein Todesmut mehr nötig gewesen, das Allerschlimmste zu verhindern. (...) Nein-Sagen ist kein einfaches Geschäft, anderen vom Nein-Sagen zu erzählen auch nicht. (...) Irmgard und ich, wir sind jetzt 97 und 92 Jahre alt, aber wir gehen noch immer gemeinsam in Schulen und Universitäten und erzählen von unserem Schicksal, um den jungen Leuten zu sagen: Passt auf, dass das nicht wieder geschieht, und sagt rechtzeitig und laut genug Nein.“

Wolfgang Häberle

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Autor und Redaktion aus: DDS Zeitschrift der GEW Bayern, 3/2015

Trude Simonsohn mit Elisabeth Abendroth: Noch ein Glück – Erinnerungen. 150 Seiten, Wallstein Verlag, Göttingen 2014, 14,90 Euro

Wir gratulieren im Juni ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Reiner Bajus, Büdingen
 Bärbel Carle, Wettenberg
 Brigitte Dworschak, Düsseldorf
 Christl Goehler, Frankfurt
 Ludwig Haas, Frankfurt
 Gabriele Hellwig, Heusenstamm
 Angela Herrmann, Frankfurt
 Monika Horlacher-Edelmann,
 Bad Nauheim
 Christa Kottmann, Gießen
 Eva-Maria Kröckel, Wiesbaden
 Hans Kunkel, Großkrotzenburg
 Reinhold Nicke, Schlüchtern
 Waltraud Seher, Schöneck
 Marianne Sengebusch, Wiesbaden
 Anne Thomas, Fulda
 Dieter Vesper, Friedberg
 Hubert Wenzel, Bruchköbel
 Brigitte Würges, Pfungstadt

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Gudrun Bär, Bensheim
 Inge Holler-Röder, Frankfurt
 Beate Kison, Rauschenberg
 Kurt-Helmut Lange, Gladenbach
 Horst Miltner, Hohenroda
 Hans Roth, Lautertal
 Günther Schlosser, Wildeck
 Walter Schröder, Hasselroth
 Elfriede Stagneth, Wetzlar

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Hermann Bamberger, Bad Endbach
 Wolfgang Bieler, Hohenstein
 Adelheid Gess, Kassel
 Gerda Junk, Herborn
 Heinz Riedel, Wolfhagen
 Karl Heinz Simshäuser, Frankenberg
 Friedrich von Rosen, Marburg

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Ewald Born, Gießen
 Karl Heck, Rossdorf
 Dieter Kraushaar, Gießen
 Prof. Wilhelm Sanke, Kassel

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Elvira Hamberger, Frankfurt

... zum 75. Geburtstag:

Uta Aschenbach, Kassel
 Brigitte Baumhäkel, Biblis
 Edith Conrad, Dietzenbach
 Heilke Maria Friedrich,
 Bad Wildungen
 Prof. Dr. Klaus Fritzsche, Gießen
 Prof. Dr. Otfried Kiessler, Vellmar
 Alfred Langner, Kassel
 Hans-Ludwig Mehl, Linden
 Horst Müller, Bebra
 Inge Naumann-Götting, Wiesbaden
 Udo Papendieck, Darmstadt

Ulrich Restat, Kassel
 Gudrun Riedel, Feldkrücken
 Jürgen Riedel, Feldkrücken
 Rotraut Sängler, Eschwege

... zum 80. Geburtstag:

Else Faber, Seeheim-Jugenheim
 Gerhard Gericke, Wetzlar
 Elisabeth Hartmann, Wiesbaden
 Judith Klein, Darmstadt
 Jutta Körner, Grünstadt
 Toni Roth, Mühlthal
 Dr. Karl-Hermann Tjaden, Kassel
 Christa Trautsch, Frankfurt

... zum 85. Geburtstag:

Wolfgang Bieler, Hohenstein

... zum 90. Geburtstag:

Helene Reincke-Dornbusch, Teltow

... zum 91. Geburtstag:

Frieda Blum, Kassel

... zum 93. Geburtstag:

Ludwig Mück, Schwalmstadt

Bildung im Hessischen Rundfunk

Auf der Seite www.wissen.hr-online.de findet man das aktuelle Bildungsprogramm des Hessischen Rundfunks im hr-fernsehen, im Hörfunk und auf hr-online sowie Begleitmaterial zu den Sendungen. Dort kann man auch den wöchentlichen Newsletter [wissen²](http://www.wissen2.de) abonnieren.

„Wissen und mehr“, das Bildungsprogramm im hr fernsehen, wird montags bis freitags von 11 bis 11.30 Uhr gesendet. In den nächsten Wochen stehen folgende Sendereihen auf dem Programm:

- **Wandel des Familienlebens:** Schönheit (8.6.), Familie (9.6.), Liebe und Sex (10.6.)
- **Die Pille:** Vom Verhütungsmittel zur Lifestyle-Droge (11.6.), Sind wir bald zu viele? (12.6.)
- **Architekturgeschichte:** dreiteilige Serie (15. bis 17.6.)

- **GRIPS Mathematik:** achteilige Serie u. a. zu geometrischen Grundbegriffen (22.6.), Flächeninhalten (22.6.), Konstruieren im Koordinatensystem (23.6.), Satz des Pythagoras (24.6.) und proportionalen und antiproportionalen Zuordnungen (25.6.)

Auch die **Hörfunksendungen** „Wissenswert“ auf hr-iNFO eignen sich für die Schule. 15-Minuten-Beiträge gibt es samstags und sonntags um 20.15 Uhr, 30-Minuten-Sendungen sonntags um 7.35 Uhr mit Wiederholung sonntags um 15.35 Uhr, montags um 21.35 Uhr und am darauffolgenden Samstag um 17.05 Uhr:

- Ebola: Lehren aus der Epidemie (14.6.)
- Bertha Pappenheim: Frankfurter Pionierin der Sozialarbeit (21.6.)
- Philosophische Nacht (20.6.)
- 150 Jahre Alpinismus – 150 Jahre Erstbesteigung des Matterhorns (28.6.)

Die Not mit den Noten

Ein Mensch, der statt des Kopfes eine „4“ auf den Schultern trägt und sich fragt: „Bin ich ausreichend?“ – das ist das Titelbild der neuen Ausgabe der „Humanen Schule“, in der der Bundesverband Aktion Humane Schule (AHS) die Not mit den Noten thematisiert: *Jonas Lanig* entzaubert den „Mythos der Vergleichbarkeit“ von Ziffernoten, ein dänisches Lehrer-Ehepaar stellt die Leistungsbewertung in der dänischen Volksschule dar, Eltern und Schülerinnen und Schüler begründen die Forderung nach Abschaffung der Noten. Buchbesprechungen, Zitate und Cartoons lockern das Heft auf.

- *Das Themenheft kann zum Preis von 5 Euro zzgl. Versand bestellt werden bei: Bundesverband Aktion Humane Schule, Dutzendteichstr. 24, 90478 Nürnberg, E-Mail: ahs@aktion-humane-schule.de, Internet: www.aktion-humane-schule.de*

Beamendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Extra günstige Kredite für Sparfische
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
 effektiver Jahreszins
3,47% 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178150-25
 Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte & D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate
 Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

www.AK-Finanz.de

Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-0404041
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendthol - Prälat-Höing-Str. 19 - 46325 Borken

GEW trifft Solidarnosz

Gleiche Interessen, aber völlig verschiedene Problemlagen – so in etwa könnte man die Ergebnisse eines vier-tägigen Meinungsaustausches zwi-



schen Vertretern des GEW-Kreisverbandes Büdingen und seiner polnischen Partnerorganisation, der NSZZ *Solidarnosz* des Landkreises Kazimierz Wielka nahe Krakau, beschreiben. Bereits zu Beginn des Aufenthaltes mussten die acht deutschen Gewerkschaftler bei ihrem Empfang durch Landrat *Jan Novak* erkennen, dass sich die Aufgaben der polnischen Interessenvertreter zwar ebenfalls auf Gebiete wie Arbeitsbedingungen, Unterrichtsumfang oder etwa die Entlohnung erstrecken, aber ganz andere Grundvoraussetzungen gelten. Lehrerinnen und Lehrer sind keine Beamte und es drohen Entlassungen durch kurzfristige Stellenkürzungen je nach Kassenlage und Schülerzahl. Eine sehr schlechte Bezahlung trübt die Zufriedenheit der polnischen Kolleginnen und Kollegen von Jahr zu Jahr mehr. Landräte und Bürgermeister fungieren aufgrund des polnischen Schulsystems als direkte Verhandlungspartner der Arbeitnehmervertreter. Polnische Gastfreundschaft trifft auf harte Realität.

Doch auch im siebten Jahr dieser deutsch-polnischen Initiative standen die positiven zwischenmenschlichen Aspekte im Vordergrund. Private Einladungen, spontane Hausmusikabende, der obligatorische Besuch der alten Hauptstadt Krakau, aber vor allem die Herzlichkeit der Gastgeber machen die Strapazen der mehr als 1.000 Kilometer Anreise spielend wett.

Abschluss und Höhepunkt des Austauschprogramms war der traditionelle gemeinsame Grillabend unter Teilnahme des Bürgermeisters der Nachbargemeinde Opatowiec. Der ließ es sich nicht nehmen, die deutsche Delegation fast fehlerfrei in ihrer Muttersprache zu begrüßen, ohne jemals selbst westlich von Oder und Neiße gewesen zu sein. Die Einladung zum Gegenbesuch war ihm selbstverständlich sicher. So sicher wie die Vorfreude der Büdinger Gewerkschaftler auf den Gegenbesuch der polnischen Freundinnen und Freunde im Jahr 2016.

Ingrid Haesler, GEW Büdingen

Ferien vom Krieg

Seit 1994 verbindet die Aktion „Ferien vom Krieg“ humanitäre Hilfe und friedenspolitische Praxis. Sie zeigt exemplarisch, dass es in Kriegsgebieten – trotz Vorurteilen und Hass – neugierige junge Menschen gibt, die der jeweils herrschenden Propaganda nicht mehr trauen und die angeblichen Fein-

de von Angesicht zu Angesicht kennen lernen wollen. Über 21.000 Kinder und Jugendliche aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien und über 1.600 junge Menschen aus Israel und Palästina, darunter auch Frauengruppen, haben bei Ferienfreizeiten und Dialogseminaren mit „den Anderen“ zwei Wochen unter einem Dach gelebt, gemeinsam gespielt, getanzt und Ausflüge gemacht. Sie haben einander zugehört, die fremde Sicht auf die Konfliktgeschichte kennengelernt und heftig gestritten – aber auch zusammen um die Opfer getrauert und geweint. Dabei zeigt sich bei fast allen eine starke Bereitschaft zur Aussöhnung und zu Kompromissen.

Bei über 22.000 Teilnehmerinnen aus feindlichen Lagern gab es viele anhaltende Kontakte, Freundschaften und gemeinsame Friedensaktivitäten

mit der „anderen Seite“. Inzwischen gibt es in den Heimatregionen immer mehr Folgetreffen und Gruppen, die über die Grenzen hinweg ihre Erfahrung weiter vermitteln – zum Teil mit großem Medienecho! Diese Begegnungen sind intensiv und schmerzhaft, aber auch hoffnungsvoll und ermutigend.

Die Aktion „Ferien vom Krieg“ wird bisher ausschließlich durch private Spenden finanziert und durch meist ehrenamtliche Arbeit organisiert. Die Spenden können deshalb fast vollständig für die Dialogprozesse verwendet werden.

• *Der Beitrag zur Übernahme einer Ferienpatenschaft beträgt 130 Euro, aber auch kleinere Spenden sind erwünscht: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., IBAN: DE34 5086 3513 0008 0130 55, BIC: GENODE51 MIC. Bitte tragen Sie Ihre Adresse unter „Verwendungszweck“ ein. Die Spendenquittung erhalten Sie zu Beginn des nächsten Jahres.*



Israelisch-palästinensische Begegnung im Oktober 2014 in Schwalbach am Taunus



Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht
es aufwärts!

HOTLINE: 07221/39 39 30

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für **Essstörungen**

*Für Segelfahrten in Holland
schauen Sie ...*



Für Klubs,
Schul-/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer

www.segeln.nl

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de



AGARIA TOURS

Fachveranstalter für Pragreisen

Prag? Nur mit uns!

Einzigartig:

Ihre Wünsche, Ihre Reise, Ihr Programm.

Ausgezeichnet:

90% unserer Kunden kommen
auf Empfehlung.

Keine Vorkasse:

Sie zahlen die gesamte Reise erst
nach der Fahrt.

Vor Ort Service:

Wir sind immer
für Sie da.



PRAHA



Info: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de



Die nächste
Hessische Lehrerzeitung
erscheint am
8. Juli 2015,
bitte beachten Sie den
Anzeigenschluss
vom 19. Juni 2015
für diese Doppelnummer

Verlag Mensch und Leben
Tel.: 06172-95830
Mail: mlverlag@wsth.de

Dienst- und Schulrecht für Hessen

Mit allen für Sie im Schulalltag wichtigen Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Erlassen

Das Standardwerk: Klassisch auf Papier oder digital auf CD, immer auf aktuellem Stand!

Für GEW-Mitglieder nur 28,- statt 38,- EUR!

Bestellungen an: Verlag Mensch und Leben, Fax: 06172 - 9583-21, Email: mlverlag@wsth.de

16. JUNI 2015

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hessen



STREIK RECHT IST MENSCHEN RECHT

Beamtinnen und Beamte aktiv für

- Gehaltserhöhung
- Reduzierung der Pflichtstunden

Geplante Abwertung unseres Berufes stoppen!